Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 183. Mittwoch, den 7. August 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Im Fahrwasser der Expansionspolitik.

Die russische Diplomatie entfaltet in den letzten Monaten eine direkt beängstigende Regsamkeit und Energie. Rußland scheint das Mekka der Staatsoberhäupter und Diplomaten, und Nikolaus II. spiritus rector der europäischen und asiatischen Politik geworden zu sein. Nach Wilhelm II. fuhr König Gustav von Schweden nach den finnischen Schären, nach ihm traf der bedeutendste japanische Staatsmann, Fürst Katsura in Petersburg ein, und nun begibt sich der französische Ministerpräsident Poincare zu einem längeren Aufenthalt nach der Residenz des Zaren. In diesen äußeren Rahmen fallen Besprechungen und Vereinbarungen, die auf die politische Entwicklung nicht ohne Einwirkung bleiben werden. Baltischport ergänzt Potsdam, die Vereinbarungen mit Katsura — die Abmachungen von 1907 und 1910, die Marinekonvention mit Frankreich — den russisch-französischen Allianzvertrag. Daneben laufen Besprechungen mit Schweden, das wegen der russischen Marinerüstungen und der Militarisierung Finnlands beunruhigt ist, Unterhandlungen mit England wegen der mongolischen und persischen Frage und des Baues der transpersischen Bahn, Annäherungsversuche an Italien, geheime Brandstiftungen in den Balkanländern und in der Mongolei, offene Reibungen mit der Türkei und China. Sämtliche Fragen der auswärtigen Politik Rußlands sind aufgerollt, und wenn auch die Grundlagen der russischen Bündnispolitik formell dieselben bleiben, so bereiten die jetzt vorgenommenen Verschiebungen Wandlungen in der internationalen Politik vor, bei denen die zarische Diplomatie neue Beutestücke zu ergattern hofft.

Hinsichtlich des Orients zeigt es sich immer deutlicher, daß Rußland einen neuen größeren Schlag vorbereitet. Von der größten Tragweite ist hier der Vertrag, den Fürst Katsura soeben in Petersburg abgeschlossen hat. Durch diesen Vertrag teilen sich Rußland und Japan in dem chinesischen Erbe; die Mandschurei und die Mongolei, die zu China gehören, werden von den beiden beutegierigen Nachbarn ebenso geteilt, wie Persien in eine russische und englische „Einflußsphäre“. Seitdem Rußland die Okkupation Koreas durch Japan gestattet und dafür den unbeschriebenen Wechsel auf die Mongolei erhalten, hat sich die Feindschaft der beiden Staaten in eine „herzliche Freundschaft“ verwandelt, die ein früheres oder späteres Übereinkommen zur gemeinsamen Linderung Chinas erwarten ließ. Insofern ist der neue russisch-japanische Vertrag keine Überraschung, er bereitet aber doch, angesichts der schweren inneren Lage Chinas, gewaltige Komplikationen im fernen Osten vor, und das umsomehr als England, nach einer amerikanischen Meldung, gegen die Gewährung der „freien Hand“ in Tibet, dem russisch-japanischen Vertrag zugestimmt haben soll.

Im nahen Osten fährt die russische Diplomatie in ihrer, durch das mittelasiatische Übereinkommen mit England fundamentierten Politik fort. Die russischen Truppen schalten in Nordpersien wie in einer eroberten Provinz, und die persische Zentralregierung wird immer mehr zu einer hilflosen Puppe in den Händen der russischen Diplomaten. Neuerdings zeigt sich das Bestreben, einen größeren Schlag gegen Persien auszuführen. Die imperialistische Presse verlangt ein energisches Vorgehen gegen Persien, vor allem aber wird gefordert, daß die Streitfrage über Urmia, dem Grenzgebiet zwischen Persien und der Türkei, der Kompetenz der Haager Konferenz entzogen und von Rußland selbst entschieden werden soll.

Alle diese Unternehmungen können nicht isoliert betrachtet werden. Im nahen wie im fernen Osten stoßen die Interessen der europäischen Mächte — im fernen Osten auch die der Vereinigten Staaten und Japans — mit denen Rußlands zusammen. Durch eine raffinierte Ausnutzung der Gegensätze unter den Weststaaten bereitet die russische Diplomatie ihre Raubzüge im Orient vor; andererseits tritt sie, auf diese Expansionsbestrebungen gestützt, immer selbständiger in der europäischen Politik auf. Der neueste Akt dieser doppelseitigen Politik vollzieht sich im Zeichen der russischen Flottenrüstungen.

Das „kleine“ Flottenbauprogramm Rußlands, das mit seinem Aufwand von einer Milliarde Mark nur als Vorläufer des „großen“ Flottenprogramms mit einem Voranschlag von 3 bis 4 Milliarden auftritt, fällt gerade in eine Zeit, wo das Wettrüsten zur See zwischen England und Deutschland sich in ein Wettrüsten zwischen den Staaten des Dreibundes und der Tripelentente verwandelt hat. Dieser Umstand verleiht dem russischen Flottenbau eine größere politische Bedeutung, als er an sich hat. Kein Fachschriftsteller in Rußland wie im Auslande ist darüber im Zweifel, daß die in Angriff genommene baltische Flotte für die Verteidigung der russischen Ostseeküste fast bedeutungslos, und als Angriffswaffe völlig unzureichend ist. Allerdings könnte sie Schweden gegenüber als Drohung aufgefaßt werden — wenn die Entscheidung über das Schicksal Nordwesteuropas bei Rußland allein läge, und England nicht den Zugang Rußlands zum Atlanticus als Bedrohung seiner eigenen Vormachtstellung auffassen würde. (Aus diesem Grunde ist auch der Flottenrummel in Schweden, dem Sven Hedin und Prof. Fahlbeck ihre Unterstützung geliehen haben, so bedeutungslos). Aber als Angriffswaffe gegen Deutschland, worauf in der Duma mehrfach hingewiesen wurde, kommt die projektierte baltische Flotte gar nicht in Betracht, einmal weil sie bei der ausgedehnten Landgrenze als Truppenlandungsmittel überflüssig ist, andererseits weil sie durch die Minierung des Belt und des Sundes eingesperrt und durch ausreichenden Küstenschutz in Schach gehalten werden kann. Obgleich also in Wirklichkeit von imaginärem Werte, erscheinen die russischen Flottenrüstungen dennoch auf dem Schachbrett der Diplomaten als reale Größe. Einerseits dienen sie den Flottentreibern in den verbündeten wie nichtverbündeten Staaten, den Revanchepolitikern in Frankreich wie den Imperialisten Deutschlands als Argument zum weiteren Wettrüsten; andererseits sind sie — namentlich da auch auswärtige Firmen, wie Krupp und Creuzot fette Profite erwarten können — dem Kapital willkommen als weitere unproduktive Anlage des dem arbeitenden Volke erpreßten Mehrwertes.

Das politische Spiel, das sich an diesen neusten Schritt der russischen Expansionspolitiker knüpft, bestätigt unsere Annahme, daß hier für die russische Diplomatie vor allem die Stärkung ihrer Bündnisfähigkeit den europäischen Mächtegruppen gegenüber in Betracht kommt. Das erpresserische Doppelspiel, das von jeher den Grundstein der russischen Auslandspolitik bildet, kam auch hier zur Geltung. Der deutschen Diplomatie wurde in Baltischport die Zusicherung gegeben, daß die baltische Flotte keineswegs gegen Deutschland gebaut werde; aber just zur selben Zeit beriet der Chef des russischen Marinegeneralstabes, Fürst Lieven, die Grundzüge der jetzt veröffentlichten russisch-französischen Marinekonvention, die als Ergänzung der Militärkonvention von 1892 ihre Spitze gegen Deutschland richten soll. In Baltischport hat die russische Diplomatie sicherlich den Nachweis erbracht, daß sie keinerlei aggressive Absichten gegen Deutschland hege — sonst hätte Herr v. Kiderlen-Wächter nicht von einem „glänzenden Erfolg“ gesprochen, und die deutsch-russische „Freundschaft“ wäre in Baltischport nicht noch fester und inniger geworden! Zu gleicher Zeit jedoch hat Fürst Lieven durch den Hinweis auf die gegen Deutschland gerichteten Flottenrüstungen das Herz der französischen Revanchepolitiker gefesselt und — was am wichtigsten ist — den Boden für eine russische Milliardenanleihe in Frankreich vorbereitet! Schon zur Zeit der Zusammenkunft Wilhelms II. und Nikolaus II. schrieb der „Gil Blas“, eines der wenigen unabhängigen bürgerlichen Blätter in Frankreich: „Man muß sagen und immer wieder sagen, daß das französisch-russische Bündnis seit dem Beginn bis zum heutigen Tage eine schändliche Betrügerei war und geblieben ist. Während man der Nation in allen Tönen die trügerischen Vorteile eines unzuverlässigen Bündnisses und einer verräterischen Freundschaft pries, leerten die Finanzleute die Kasse, um die ihrige damit zu füllen. Jetzt ist die Regierung der Republik der Gnade oder Ungnade des Zaren ausgeliefert. Wenn wir nicht geradeaus marschieren, d. h. die Hand am Geldbeutel, immer und immer noch, so droht man uns mit schmählicher Erpressung, den nächsten Zinsabschnitt nicht zu bezahlen. Die Tatsache ist, wir wissen es aus guter Quelle, dagewesen.“ Nun frägt dasselbe Blatt in heftigem Tone: „Welchen Wert hat diese neue Konvention, was steckt hinter ihr? Ist sie wieder eine Mystifikation wie die famose Militärkonvention und wie die Allianz überhaupt?“ Der Ministerpräsident Poincaré, an dessen Einsicht das Blatt appelliert, wird sich diese Anschauungen sicherlich nicht zueigen machen. Denn wenn er in diesen Tagen in Petersburg eintrifft, um mit dem Zaren und seinen Ministern zu konferieren, so erscheint er als Abgesandter des französischen Imperialismus, der im Verein mit dem englischen die Macht des zarischen Raubstaates künstlich konserviert, um dem aufstrebenden deutschen Imperialismus im Osten ein Paroli zu bieten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein nationalliberales Bekenntnis.

Die rheinischen Nationalliberalen hielten am Sonntag in Rüngsdorf bei Bonn ein Sommerfest ab, an dem nach der „Köln. Ztg.“ 1000 nationalliberale Männer und Frauen teilnahmen. Die Festrede hielt Dr. Stresemann. Er forderte neben der Weltwirtschaft auch Weltpolitik, imperialistische Politik, wie Bassermann es auf dem letzten Parteitage genannt habe. In den letzten Wochen drangen von jenseits des Kanals Reden zu uns herüber, die kaum noch verhüllte Drohungen waren. Wir hörten, daß man in England jetzt ein Lied vom Selbstbewußtsein singen soll, das mit den stolzen Worten endet: Wir haben die Leute, wir haben die Schiffe, wir haben das Geld, um sie zu bezahlen! Ich meine — führte Stresemann aus — mehr als für England, das die Leute nicht hat, gilt jedes Wort für Deutschland. Wir haben die Menschen, die Schiffe und die Mittel, um eine großzügige Heeres- und Flottenpolitik durchzuführen. Unsere Aufgabe als nationalliberale Partei ist es, das Volk zu erziehen zu einer Großzügigkeit des Denkens, in dieser Frage dem einzelnen zu sagen, daß über dem Unmut über einzelne Leistungen und einzelne Maßnahmen der Regierung hochstehen muß die Liebe zum Vaterlande, und daß dem Vaterlande gegeben werden muß, was es braucht, um seine Stellung in der Welt erhalten zu können. Handelt es sich einmal um die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes, und die Sozialdemokratie würde es wagen, dem Reiche die nötigen Mittel zu verweigern, dann würden nicht zehn von den 110 Abgeordneten in den Reichstag zurückkehren. Der deutsche Arbeiter, der wirtschaftlich denken lernt, merkt mehr und mehr, daß seine eigene materielle Existenz auf Gedeih und Verderb mit der Existenz und dem Aufstieg des Vaterlandes verbunden ist. Weil diese Ideen stärker sind, als die Parteiprogramme, habe ich die Hoffnung, daß sie sich durchringen. Wir haben dafür zu kämpfen und das nationale Feuer zu schüren. Wir haben ein einiges Deutschland, wenn wir uns die Grenzlinien ansehen, wir haben es nicht, wenn wir die inneren Verhältnisse betrachten. Ist es nicht unerhört, wenn in der bayerischen Reichsratskammer vom deutschen Reiche als von einer „andern Macht“ gesprochen wird? Klingt es nicht wie eine Auflösung des Reichsgedankens, wenn ein Staatsminister die Stirn hat, von einem odiosen Reichsgesetz zu sprechen? Man hätte erwarten können, daß dieses Wort einen ganz anderen Sturm der Entrüstung ausgelöst hätte, als es geschehen ist.

Im Anschluß an diese Rede sprach u. a. der frühere Oberreichsanwalt Dr. Hamm. Er sagte, die nationale Idee müsse mehr betont und die Liebe zum Vaterlande müsse den durch die Sozialdemokratie Verhetzten wieder eingeprägt werden. Totschlagen könne man die Arbeiter nicht; man müsse sie erziehen zur Liebe zum Vaterlande, und das werde gelingen.

Die Rede Stresemanns wird die volle Billigung unserer Flottentreiber, unserer Alldeutschen sowie der Scharfmacher haben. Der Sozialdemokratie aber zeigt die Rede, wie weit der Nationalliberalismus nach rechts gerückt ist.

Wo bleibt der gesunde Menschenverstand?

Diese Frage wirft der Abg. Erzberger im „Tag“ auf, im Anschluß an eine Besprechung der geradezu ungeheuerlichen Art der Behandlung eines invalid gewordenen Soldaten. Der Fall liegt nach den Angaben Erzbergers folgendermaßen:

„Ein alter Soldat erlitt 1877 während seiner Dienstzeit einen Schlaganfall, der ihn lähmte; nachdem er 18 Monate im Lazarett gelegen hatte, wurde er zur Disposition in die Heimat entlassen; zwei Personen mußten ihn führen; sein Bewußtsein war meistens getrübt. 1880 mußte er zur Generalmusterung erscheinen; der diensttuende Offizier erklärte ihn ohne weiteres als dienstuntauglich; aber bis 1894 mußte er jährlich zur Musterung erscheinen. In diesem Jahr machte er erstmals seine Ansprüche an die Militärverwaltung geltend; die Antwort des zuständigen Kriegsministeriums war eine ablehnende, da er 1878 ohne Invalidenversorgung wegen zeitiger Dienstunbrauchbarkeit zur Disposition der Ersatzbehörden entlassen worden sei, er aber seit 15 Jahren keinen Rekurs hiergegen ergriffen habe; also Ablehnung „wegen verspäteter Rekursergreifung“. Doch das Ministerium hatte ein Einsehen: es sandte den Invaliden dreimal ins heilende Bad, was eine Besserung im Gefolge hatte; es zahlte von 1878—1894 jährlich 180 Mk. fortlaufende Unterstützung; erhöhte dann diese wiederholt durch neue außerordentliche Unterstützungen von 80 bis 250 Mark, so daß der arme Krüppel in den letzten Jahren über 400 Mk. erhielt. Das Kriegsministerium suchte die verspätete Rekursergreifung durch Unterstützungen gutzumachen. Das Befinden des Militärinvaliden verschlechterte sich später wieder, die Lähmung wurde eine vollständige, und heute ist der Mann total hilflos und 56 Jahre alt. In diesem bedauernswerten Zustand wird nun der Invalide im Mai d. J. durch ein Schreiben des Bezirkskommandos überrascht, wonach die jährliche Unterstützung von 180 Mk. in Wegfall kommt, „da Ihr Krankheitszustand ein unheilbarer und derartig

schwerer ist, daß Sie nichts mehr zu Ihrem notwendigsten Lebensunterhalt erwerben können. Aus diesem Grunde ist die Weiterbewilligung der Unterstützung nicht mehr zulässig, da in diesem Falle die gesetzliche Armenpflege einzutreten hat."

Es ist eigentlich verrückt: weil der Mann jetzt völlig ruiniert ist, ist eine Unterstützung nicht mehr zulässig! Die Schuld liegt in diesem Falle nicht beim Kriegsministerium, sondern daran, daß der Rechnungshof die fernere Gewährung einer Unterstützung beanstandete, weil der Zweck der Unterstützung, die Heilung des Invaliden, nicht erreicht werden könne! Das heißt wirklich die Vernunft auf den Kopf stellen. In ähnlicher Lage sollen sich übrigens nach diesem neuesten Entscheid des Rechnungshofes noch mehr Invaliden befinden. Wir stimmen dem Abg. Erzberger darin bei, daß das Kriegsministerium die Unterstützungen einfach weiter bezahlen soll, die erforderlichen Mittel wird der Reichstag ohne Zweifel nachträglich bewilligen.

Blödsinn.

Eine Reihe reaktionärer Blätter, die ihre politische Weisheit aus Reichsverbandsquellen zu schöpfen pflegen, bringen die folgende Notiz:

„Ursprünglich hatte die Sozialdemokratie ein Plakat gegen den Hansabund als dem Vertreter des verhaßten Kapitals für den Aushang in den Parteilokalen bestimmt. Eigenartige Vorgänge hinter den Kulissen vereitelten jedoch die Parteiabsicht und erreichten, daß dieses Vorhaben vorläufig aufgegeben wurde. Und das Spiel hinter den Kulissen endete damit, daß der verhaßte kapitalistische Hansabund, der angeblich „entschiedene bürgerliche Gegner der Sozialdemokratie", der sozialdemokratischen Partei einige Tausend Exemplare seines Plakates gegen den Bund der Landwirte überließ, und daß diese Hansabundplakate mit Zustimmung des sozialdemokratischen Parteivorstandes in den Arbeiterbierlokalen ausgehängt wurden."

Wir können auf das bestimmteste versichern, daß die ganze Geschichte aufgelegter Schwindel ist. Der Hansabund hat seine bekannten Plakate einfach überall hin verschickt und so sind sie eben auch in Bierlokale gekommen, in denen meist Arbeiter verkehren.

Zum § 193 des Strafgesetzbuches.

Der § 193 St.-G.-B. sichert einem Beleidiger Straflosigkeit zu, wenn dieser in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat. Sozialdemokratischen Preßsündern gegenüber bringen bekanntlich die Gerichte diesen Paragraphen auffallend selten zur Anwendung. Da ist nun ein Urteil des mecklenburgischen Oberlandesgerichts beachtenswert, das zeigt, wie der § 193 auszulegen ist. Zwar handelt es sich hier nicht um einen sozialdemokratischen Redakteur, sondern um einen Pastor, der einen Rittergutsbesitzer im Gespräch mit Gemeindebürgern des Wortbruchs bezichtigt hat, weil der Rittergutsbesitzer entgegen einem früher gegebenen Versprechen auf seinen Gründen ein Tor hinter der Pfarre hatte zunageln lassen, durch das der Pfarrer bisher die Feldmark betreten konnte. Der Gutsherr strengte Privatklage an und hatte die Genugtuung, daß sowohl das Schöffengericht wie auch das Landgericht dem Pfarrer den Schutz des § 193 versagten und ihn in Strafe nahm. Anderer Ansicht war das Oberlandesgericht in Rostock, das in seinem Urteil über die Anwendung des § 193 folgendes ausführt:

„Der Angeklagte hatte ein berechtigtes Interesse daran, die Gemeinde aufzuklären. Die Tatsache allein, daß er zu seiner Rechtfertigung einen nach Ansicht des Instanzgerichts ungeeigneten Weg gewählt hat, vermag die Anwendung des § 193 nicht auszuschließen. Denn die Frage der Wahrnehmung berechtigter Interessen ist nicht vom Standpunkte des Gerichts, sondern von dem des Angeklagten zu würdigen." Das Vordergericht habe freilich ausgeführt, daß der Pastor nicht glauben konnte, er werde auf jene Art seinem Interesse dienen. „Aus dieser Begründung erhellt", so sagt das Oberlandesgericht weiter, daß das Vordergericht „den Begriff der Wahrnehmung berechtigter Interessen verkannt, indem es dafür die objektive Geeignetheit des gewählten Mittels für maßgebend erachtet hat, statt an erster Stelle die Willensrichtung des Angeklagten ins Auge zu fassen und von diesem Gesichtspunkte aus zu prüfen, ob derselbe jene Äußerungen als zur Wahrnehmung seines Interesses geeignet gehalten hat."

Wegen dieser „falschen Begriffsauffassung" des Vordergerichts verwies das Oberlandesgericht die Sache an die Vorinstanz zurück, damit sie prüfe, „ob der Angeklagte durch seine Äußerung jenen Zweck verfolgt hat."

Schade, jammerschade, daß diese Auffassung nicht längst Gemeingut aller Richter ist; mancher Preßsünder wäre dann nicht ins Gefängnis gesperrt worden.

Die erste Reichskonferenz liberaler Arbeiter und die Nationalliberalen.

Der „Kölnischen Zeitung" wird aus nationalliberalen Parteikreisen geschrieben: „Am 10. und 11. August d. J. soll in Leipzig die erste Reichskonferenz liberaler Arbeiter abgehalten werden. Die Anregung war vom Freisinnigen Arbeiterverein Leipzig ausgegangen, einer auf radikalem Boden stehenden Organisation. Ein besonderes Komitee hatte die Einladung an alle „männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten" ergehen lassen, die sich „als Mitglieder oder Anhänger einer liberalen Partei ausweisen könnten oder als solche bekannt seien". In einem Artikel hatte die „Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz" vom 22. Juli ds. Js. unter Bekanntgabe der Tagesordnung eine recht zahlreiche Beschickung der Konferenz empfohlen. Dieser Hinweis war nicht ungehört geblieben; denn verschiedene landschaftliche Organisationen hatten sich bereit erklärt, nationalliberale Arbeitervertreter zu entsenden. Auf Grund einer Anfrage über eine etwas mißverständliche Äußerung in den geschäftlichen Mitteilungen der Kommission für die Reichskonferenz, hatte die Geschäftsstelle der nationalliberalen Partei in Köln von zuständiger Stelle, von Leipzig, die interessante Antwort erhalten, daß die Einberufer der Konferenz beabsichtigten, „entgegengesetzt einigen Blättermeldungen, derselben die Bildung einer liberalen Arbeiterbewegung im Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei vorzuschlagen". Eine weitere Anfrage bei dem Hauptreferenten der Leipziger Tagung brachte die Bestätigung dieser auffallenden Erklärung mit der ausdrücklichen Begründung, „daß für eine gemeinsame Organisation zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern zurzeit die öffentliche Meinung in Norddeutschland noch nicht reif sei." Weiter heißt es in diesem letzten Schreiben, daß zu der Konferenz natürlich jeder Eingeladene Zutritt habe, „daß es aber unter den angegebenen Umständen fraglich sei, ob es vom Standpunkt der Nationalliberalen aus zweckmäßig sei, in Leipzig zu erscheinen." Das ist recht deutlich, obschon es dem Wortlaut des Einladungsschreibens nicht entspricht. Es dürfte sich darum empfehlen, die von nationalliberaler Seite bereits erfolgten Anmeldungen wieder zurückzuziehen und die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten unter sich zu lassen, da unsere Anwesenheit offenbar recht unangenehm empfunden werden würde. Die Frage der liberalen Arbeiterbewegung ist damit aber entschieden in ein neues Stadium gerückt worden. Die nationalliberale Partei wird ihrerseits nunmehr ebenfalls selbständig vorgehen müssen. Hoffentlich wird der geschäftsführende Ausschuß in Berlin so bald als möglich dieser Angelegenheit seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden, um dem Zentralvorstand in dessen nächster Sitzung bestimmte Vorschläge unterbreiten zu können."

Dieser Zwist um den „Bruder Arbeiter" ist ja recht interessant. Lorbeeren werden aber weder die fortschrittlichen noch die nationalliberalen Drahtzieher hierbei ernten, da die Arbeiter immer mehr erkennen, daß sie Toren wären, wenn sie sich ins Schlepptau einer der liberalen Parteien nehmen ließen.

Ärztepflicht und Kassenverwaltung.

In einem Bericht der „Kölnischen Zeitung" (Nr. 866) über die Stellungnahme der badischen Ärztekammer zu der vom Reichsamt des Innern empfohlenen Einführung der ärztlichen Anzeigepflicht für die gewerblichen Vergiftungen heißt es:

„. . . Hierzu gehört ferner, daß die Genehmigung derartiger gefährlicher Betriebe an gewisse Bedingungen und Vorschriften zur Verhütung gewerblicher Krankheiten geknüpft sein muß (was gleichfalls noch nicht überall der Fall ist) und daß ferner die Kassenärzte, was nach Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung zu erhoffen steht, eine unabhängigere und freiere Stellung einnehmen, damit die Nachteile wegfallen, welche heute manchen Kassenarzt bedrohen, falls er gezwungen ist, aus einem Betriebe häufig Anzeigen zu erstatten."

Die ihrer Pflicht bewußten Ärzte, die ihr hohes Amt frei und ungehindert im Interesse der Volksgesundheit ausüben wollen, haben also alles Interesse daran, daß die Anschläge der Scharfmacher auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Versicherten zuschanden werden. Das ergibt sich deutlich genug aus dem zitierten Satz des Berichts eines nationalliberalen Unternehmerblattes, der übrigens auch wieder ein Beitrag zu der Frage „Wer übt Terrorismus?" ist!

Reichstags-Ersatzwahl in Pfarrkirchen.

Bei der am Montag vollzogenen Ersatzwahl im niederbayerischen Wahlkreis Pfarrkirchen ist, wie zu erwarten war, der Bauernbündler Landwirt Bauer mit 8650 Stimmen gegen den Kandidaten des Zentrums, auf den 5798 Stimmen entfielen, gewählt worden.

Die Niederlage des Zentrums bei der Reichstagswahl in Pfarrkirchen kommt der Fraktion sehr ungelegen. Die „Kölnische Volkszeitung" glaubt konstatieren zu müssen, daß Schlußfolgerungen auf die allgemeine politische Lage im Reich und in Bayern aus dieser Ersatzwahl kaum zu ziehen seien. Dann sucht es zu errechnen, daß die Niederlage des Zentrums eigentlich einen Sieg bedeute.

Witwen- und Waisenrente.

Seit dem 1. Januar 1912 ist der Invalidenversicherung die Hinterbliebenenversicherung angegliedert worden. Bis 30. Juni 1912 ist Witwenrente und Witwerrente in 829 Fällen, Witwenkrankenrente in 17 Fällen, Waisenrente in 3716 Fällen, Witwengeld in 1050 Fällen und Waisenaussteuer in 9 Fällen bewilligt worden.

Türkei.

Die Wirren. Die neue Regierung hat einen schweren Stand; im Innern gärt es und von außen kommen die Montenegriner und beginnen den offenen Kampf gegen die Türkei. Jetzt haben sie die Befestigungen von Prosentiche besetzt; mit mehreren tausend Mann sind sie bereits über die Grenze gedrungen. Die innere Lage wird verschärft durch den Beschluß der Jungtürken, sich in Adrianopel als Parlament zu konstituieren, die Beteiligung an den Neuwahlen abzulehnen und Wahlenthaltung zu proklamieren. Ob sie diesen Beschluß durchführen können, ist allerdings eine andere Frage.

Marokko.

Zu fremdenfeindlichen Unruhen ist es in Mazagan gekommen. Urheber derselben ist der Kaid Triohi, dessen Anhänger die Franzosen vertreiben wollten. Es kam zum Kampf und schließlich zum offenen Aufruhr. Ein Teil der Einwohner hat sich in den Häusern verbarrikadiert.

England.

Aus dem Unterhause. Im Unterhause fragte Robert Cecil, ob die Regierung im Hinblick auf die gegen die Peruvian Amazon Company besonders im Ausland erhobenen Anklagen einem Antrag auf Ernennung eines Untersuchungsausschusses zustimmen werde, und ob die britischen Direktoren der Gesellschaft irgendeine Verantwortung für die Putumayo-Greuel treffe. Premierminister Asquith erwiderte, die Regierung habe eine Untersuchung in Erwägung gezogen und wegen der außerordentlichen Umstände dieses Falles sich für die Ernennung eines Untersuchungsausschusses erklärt, der Anfang Oktober zusammentreten werde. Der Liberale Hogge fragte, ob die Regierung nicht etwa Schritte für eine Abrüstungskonferenz tun wolle, falls ihr von anderen Mächten in dieser Richtung Anregungen gegeben würden und ob der Premierminister im Hinblick auf die Tatsache, daß seit 1889, wo diese Frage im Haag erwogen wurde, die Rüstungsausgaben ständig gewachsen sind, einen Plan annehmen werde, durch den die Frage der internationalen Abrüstungen in Fluß gebracht werden würde. Premierminister Asquith erwiderte: Ich glaube nicht, daß die internationale Abrüstung, wenn damit die Abschaffung jeder bewaffneten Macht gemeint ist, praktisch durchführbar ist. Die britische Regierung ist, wie den anderen Mächten bekannt ist, immer bereit gewesen, die Frage der Steigerung der Rüstungsausgaben international zu erörtern. Auf jede Anregung der anderen Großmächte nach dieser Richtung wird die britische Regierung bereitwilligst eingehen. — Die deutsche Regierung steht bekanntlich — leider — auf einem anderen Standpunkt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 7. August.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend im Gewerkschaftshaus abgehalten wurde, war nur mäßig besucht. Der Vorsitzende, Genosse Löwigt, gedachte zunächst der verstorbenen Mitglieder Lüthgens, Stamer, Wandschneider und Frau Klewe, deren Andenken von den Versammelten in der üblichen Weise geehrt wurde. Die Besprechung über den Parteitag in Chemnitz wurde vom Genossen G. Ehlers eingeleitet, der insbesondere die beantragten Änderungen unseres Organisationsstatuts, die Schaffung eines Parteiausschusses, die Erhöhung der Beiträge und die Änderung bez. der Vertretung der Reichstagsfraktion auf den Parteitagen einer kritischen Betrachtung unterzog. Seine Ausführungen deckten sich inhaltlich mit folgender vom Vorstand und Ausschuß der Partei beantragten Resolution:

Die am 6. August tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins hält die Schaffung eines Parteiausschusses, wie sie beantragt ist, weder für notwendig noch für zweckmäßig. Ebensowenig den vom Genossen Ledebour beantragten Vorstands-Beirat aus Berliner Genossen, wie den Beirat zum Vorstande aus Parteigenossen der großen Städte und Industriezentren. Die jetzt bestehende Institution der Bezirks- und Landesvorstandskonferenzen, die bei allen wichtigen Fragen einzuberufen sind, erscheint geeigneter, die Stimmung der Parteigenossen im Lande der Parteileitung zu übermitteln, als die vorgeschlagenen neuen Einrichtungen.

Die Versammlung spricht sich sowohl gegen die Festsetzung höherer Minimalbeiträge für die männlichen als auch insbesondere für die weiblichen Mitglieder aus. Durch die Erhöhung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder würden in der Hauptsache deren Ehemänner, die Parteigenossen sind, doppelt mehrbelastet werden.

Endlich hält die Versammlung eine Delegation der Reichstagsfraktion auf den Parteitagen, anstatt des bisherigen Rechts der Reichstagsabgeordneten, an dem Parteitag teilzunehmen, nicht für richtig, zumal der damit beabsichtigte Zweck, ganz abgesehen davon ob er erstrebenswert erscheint, doch nicht erreicht wird.

Genosse P. Löwigt, der die übrigen auf der Tagesordnung des Parteitages stehenden Gegenstände einer kurzen Besprechung unterzog, gab zunächst dem Wunsche Ausdruck, daß die Beratungen in Chemnitz, die auf den glänzenden Wahlsieg vom Januar folgen, fruchtbringend werden und der Vorwärtsentwicklung der Partei dienen, im Gegensatz zu den Dresdener Debatten von 1903. Redner beschäftigte sich mit dem Stichwahlabkommen zwischen dem Parteivorstand und der Fortschrittlichen Volkspartei, dessen taktische Notwendigkeit er anerkennt; nur mit der Dämpfung ohne vorherige Benachrichtigung der Wahlkreisleitungen ist er nicht einverstanden. Die Form der Maifeier bedürfe dringend einer neuen befriedigenden Regelung. Das Referat über den Imperialismus und der Bericht der Reichstagsfraktion können als Unterlage für fruchtbringende Debatten dienen.

In der nunmehr folgenden Diskussion begründete Genosse P. Löwrick folgende Resolution:

Der Chemnitzer Parteitag erneuert und bekräftigt den von dem Leipziger und dem Magdeburger Parteitag beschlossenen Branntweinboykott. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts an vielen Orten eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der körperlichen und geistigen Volksgesundheit, der gesteigerten Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner bösartigsten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erkennt jedoch an vielen anderen Orten eine viel schärfere Durchführung des Parteibeschlusses als notwendig und verpflichtet insbesondere die Vertrauenspersonen zu deren energischster Unterstützung. Der Parteitag erklärt, daß der Beschluß sich auf Spirituosen jeder Art bezieht, da er nicht allein der Bekämpfung des ostelbischen Junkertums, sondern auch als praktische Protestaktion gegen das herrschende Steuersystem dient. Diese Protestaktion ist durch die neueste, unter dem Namen „Abschaffung der Liebesgabe" erfolgte weitere Belastung der ärmsten Schichten zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten besonders dringlich geworden, zugleich aber bezweckt sie auch die Förderung der durch den Alkohol gefährdeten Volksgesundheit.

Der Parteitag verpflichtet demgemäß die Parteipresse, keinerlei Anzeigen oder Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen. Er erwartet auch von den Verwaltungen der Volks- und Gewerkschaftshäuser sowie sonstiger Arbeiterunternehmungen, daß sie die segensreiche Bewegung des Branntweinboykotts durch Einstellung des gesamten Spirituosenverkaufs wie auf sonstige geeignete Weise (Verbreitung von Aufklärung usw.) kräftig fördern.

Genosse Löwrick befürwortete eine schärfere Durchführung des Branntweinboykotts; er wünschte, daß die Parteipresse jede Anzeige, in der irgendwelche Spirituosen angepriesen werden, und sei es auch nur nebenbei, ablehne und trat dafür ein, daß in den Gewerkschaftshäusern jeder Verkauf von Spirituosen aufhöre. Der dadurch entstehende Einnahmeausfall müsse durch Miete usw. gedeckt werden. Genosse Schmidt ist im wesentlichen mit den Ausführungen der Vorredner einverstanden. Für die Parteitagsdelegiertenwahlen hält er einen anderen Modus für zweckmäßiger; des weiteren kritisiert er es, daß bei wichtigen Angelegenheiten unsere Fraktion im Reichstag nur spärlich vertreten war. Folgende Anträge wurden vom Genossen Schmidt gestellt:

Die Wahlhandlung für Parteitagswahlen, die der Parteivorstand festzusetzen hat, hat an einem bestimmten Tage in ganz Deutschland zu erfolgen; sie ist getrennt von jeder andern Parteiangelegenheit zu behandeln.

Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion verpflichtet ist, bei jeder Abstimmung im Reichstage und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, mindestens zu 75 Prozent anwesend zu sein.

Genosse Bromme teilt im allgemeinen den Standpunkt der Genossen Ehlers und Löwigt; nur gegen die Festsetzung eines erhöhten Beitrages für die männlichen Mitglieder hätte er nichts einzuwenden. Dem Genossen Schmidt

erwiderte er, daß der Vorstand eine Änderung des bisherigen Wahlmodus für die Parteitagswahlen vorbereite. Genosse Natzke ist für eine Verstärkung des Parteivorstandes um eine Anzahl unbesoldeter Mitglieder; sonst ist er mit den Genossen Ehlers und Löwigt im wesentlichen einer Meinung. Genosse Stelling wendet sich gegen Natzkes Vorschlag auf Vermehrung der Parteivorstandsmitglieder und verteidigt das Verhalten der letzteren bei der Marokkoaffäre. Das Stichwahlabkommen sei ein Akt politischer Notwendigkeit gewesen. Der Antrag der Arbeiter-Abstinenten sei in seinem letzten Teil seiner Konsequenzen wegen unannehmbar. Unter Hinweis auf bestimmte Vorkommnisse begründet Redner dann folgende Resolution:

„Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die Abhaltung besonderer Zusammenkünfte von Parteitagsdelegierten der einen oder anderen Richtung, sowie die Arrangierung von Sonderkonferenzen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er erblickt darin ein die Einigkeit der Partei schwer gefährdendes Verhalten. Der Parteitag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß derartige Sonderzusammenkünfte fernerhin unterbleiben."

Genosse Diez trat in längeren Ausführungen warm für die Resolution der Abstinenten ein und bekämpfte die dagegen erhobenen Einwände. Die Parteipresse dürfe nicht in ihrem redaktionellen Teil den Schnapsboykott propagieren und im Inseratenteil Spirituosenempfehlungen bringen; man würde das ebensowenig verstehen wie wenn ein Gewerkschaftsblatt Streikbrechergesuche aufnehme. Genosse Henze meint, daß es nicht angängig sei, die Spirituoseninserate ganz aus dem Annoncenteil eines Parteiblattes und die Spirituosen selbst ganz aus den Gewerkschaftshäusern, die doch auch Restaurationen sind, zu verbannen. In seinem Schlußwort ging Genosse Ehlers auf die Darlegungen der Befürworter der Abstinentenresolution ein und wünschte vor allem die Ablehnung des zweiten Teiles derselben. Damit war die Debatte erschöpft. Die Resolution des Vorstandes und Ausschusses wurde einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Stelling betr. die Verurteilung der Sonderkonferenzen. Der erste Teil der Resolution über die Verschärfung des Schnapsboykotts wurde angenommen, der zweite Teil abgelehnt. Abgelehnt wurden ferner die vom Genossen Schmidt gestellten Anträge. Beschlossen wurde, im Falle, daß der Parteitag die Einsetzung eines Parteiausschusses beschließen solle, für den Bezirk Mecklenburg-Lübeck den Genossen P. Löwigt als Mitglied vorzuschlagen. Des weiteren stimmte die Versammlung einem Antrage der Parteileitung zu, drei Delegierte zum Parteitag zu entsenden. Gewählt wurden die Genossen G. Ehlers, F. Möller und P. Löwigt als Delegierte. Die Lassallefeier soll in der gleichen Weise wie in den Vorjahren begangen werden. Die Versammlung betraute mit den Vorarbeiten ein fünfgliedriges Komitee. Im Verschiedenen wurde die Anschaffung einer Schreibmaschine für das Parteisekretariat beschlossen. Damit war die Tagesordnung der Versammlung erledigt.

Mitunterschrift eines Vertrages begründet keine Bürgschaft. Wenn sich jemand für die Schuld eines anderen verbürgen will, so muß nach § 766 des Bürgerlichen Gesetzbuchs diese Bürgschaft schriftlich erklärt werden. Nun herrscht im geschäftlichen Verkehr vielfach die Ansicht, daß es zur Entstehung einer Bürgschaft genüge, wenn ein Vertrag, den gegebenenfalls eine Firma mit einem Kunden abschließt und in dem sich der Kunde zu Leistungen verpflichtet, von einer dritten Person mitunterschrieben wird. Das ist ein Irrtum. Steht in dem Vertrag nicht ausdrücklich, daß der Mitunterzeichner für die Erfüllung der Verpflichtungen des Kunden bürge, so können irgendwelche Rechte gegen den vermeintlichen Bürgen nicht hergeleitet werden, weil eine rechtsgültige Bürgschaft nicht vorliegt. Ein Rechtsfall, der jüngst vom Reichsgericht endgültig entschieden wurde, kann in dieser Beziehung zur Belehrung dienen. Das Reichsgericht sagt zur Begründung seines Urteils: Der Vertrag ist zwischen der Klägerin und dem Ehemann der Beklagten geschlossen; nur diese sind als Vertragsparteien aufgeführt. Die beklagte Ehefrau ist an dem Vertrage selbst nicht beteiligt. Eigene Erklärungen der Beklagten enthält der Vertragstext nicht. Sie hat zwar den Vertrag mitunterschrieben. Aber durch die bloße Unterschrift konnte sie eine Bürgschaftserklärung schriftlich nicht erteilen. Es fehlt an einer durch ihre Unterschrift gedeckten Niederschrift einer von ihr abgegebenen ausdrücklichen Bürgschaftserklärung oder sonstigen Erklärung in der Urkunde, die aus dem Inhalte des Urkundentextes und den etwa hinzukommenden Umständen als Bürgschaftserklärung gedeutet werden könnte. Insbesondere kann man die Erklärung ihres Mannes nicht dahin verstehen, daß er darin etwa im Auftrage seiner Frau oder auch nur in auftragloser Geschäfsführung für sie eine Bürgschaftserklärung abgegeben habe, die dann seine Frau durch ihre Mitunterschrift genehmigt und zur ihren gemacht haben könnte.

Arbeiterrisiko. Durch eine ausschießende Hieve Bretter erlitt der Schauermann Fr. Mull auf dem Dampfer „Newa" am Dienstag morgen schwere Verletzungen wie Rippenquetschung, Beckenbruch usw. Der Verletzte mußte sofort auf ärztliche Anordnung mittelst Sanitätswagen dem Allgemeinen Krankenhause zugeführt werden.

pb. **Fahrraddiebstähle.** Aus einem Hause in Nieder-Büssau ist ein Fahrrad Marke „Herkules" mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, angerosteten Speichen, Freilauf, Rücktrittbremse, dunkelbraunem Sattel und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 16 765 gestohlen worden. Außerdem hat der Dieb sich 3 Vierschillingsstücke Lübscher Prägung angeeignet. — Am 6. d. M., nachmittags gegen 4¼ Uhr ist vom Flur der Bank für Handel und Gewerbe ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse, der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 401 und der Fabriknummer 190 290 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** In verflossener Nacht gegen 4½ Uhr wurde in dem Manufakturgeschäft von Jäde mittels Eindrückens einer Ladenscheibe ein Einbruchsdiebstahl verübt. Durch die Aufmerksamkeit eines Wächters der Wach- und Schließgesellschaft und von einigen Kriminalbeamten gelang es, die Diebe in der Person dreier auswärtiger Arbeiter bald nach der Tat zu ergreifen und ihnen die gestohlenen Sachen, bestehend aus 9 Hosen, wieder abzunehmen.

pb. **Eigentumsvergehen.** Innerhalb der letzten acht Tage ist an der Stelle, an der in der Nähe des Ersten Fischerbudens Erdbohrungsarbeiten ausgeführt werden, ein 3 Meter langes verzinntes und durchlöchertes Metallrohr, ein sogenannter Filter, aus einer verschlossenen Bude gestohlen worden. Von drei andern dort aufbewahrten Filtern sind die Tressen (verzinnte Messinggaze) entfernt worden. — Am Sonntag, dem 4. d. M., nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr ist aus einem an der Adlerstraße belegenen Hause eine Dublee-Damenuhr mit langer Dublee-Kette gestohlen worden. — In der Nacht vom 5. auf den 6. d. Mts. sind in Ratzeburg aus einem Schaukasten gestohlen worden: 2 Paar schwarze Herrenstiefel, 1 Paar mattgrüne Fußballschuhe, 1 Paar weiße Tennisschuhe, 1 Paar graue Segeltuchschuhe, 2 Paar schwarze Damenschuhe und 1 Paar schwarze Damen-Hausschuhe.

pb. **Ein Heilmittelschwindler.** Ein unbekannter, etwa 25 Jahre alter, 1,65 Meter großer Mann, bekleidet mit blauer Litewka, auf deren Kragenecken sich ein Wappen befand, und blauer Hose, treibt in hiesiger Stadt Schwindel mit Heilmitteln für Menschen und Vieh. Er hat z. B. ein Mittel gegen Husten verkauft für 3 Mk., welches später als Weizenmehl erkannt wurde, das der Unbekannte in einer in der Nähe des Käufers befindlichen Krämerei erstanden hatte.

pb. **Wegen Betruges verhaftet.** Am 2. d. Mts. ist der Dachdecker Johannes Dieckmann aus Lübeck wegen Betruges festgenommen worden. Es besteht der Verdacht, das Dieckmann eine Anzahl neue und gebrauchte Fahrräder hier oder in Reinfeld zur Aufbewahrung übergeben hat. Die Räder sollen zum Teil in Kisten verpackt sein. Personen, die etwa von ihm oder einem Unbekannten Fahrräder in Verwahrung genommen haben, werden ersucht sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden.

Hamburg. Ertrunken ist im Kohlenhafen der auf dem Schlepper „Paula" beschäftigte Decksmann Johann Dössel. D. wollte eine Schute losmachen und stürzte dabei über Bord. Ewerführer holten D. nach einigen Minuten wieder heraus, doch blieben Wiederbelebungsversuche, die von den Mannschaften der Feuerwehr mit dem Sauerstoffapparat angestellt wurden, erfolglos. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde in das Hafenkrankenhaus überführt.

Kiel. Bei einer Zecherei erstochen wurde in der Nacht zum Dienstag in einer Wirtschaft in der Fischerstraße der Händler Döbereiner aus der Hansastraße 32. Die Wirtschaft war von Gästen gefüllt, als der Vorgang sich abspielte. Der Täter entkam. Döbereiner erhielt einen tiefen Messerstich in den Unterleib, wodurch eine Schlagader durchschnitten wurde. Der Verletzte verblutete, bevor ärztliche Hilfe eintraf. Die Leiche wurde noch in der Nacht dem Pathologischen Institut zugeführt und die Wirtschaft sofort polizeilich geschlossen. Dobereiner ist verheiratet und hinterläßt Frau mit zwei kleinen Kindern. Wegen Verdachts der Täterschaft wurde der Schlosser und Tätowierer Sch. in Haft genommen. Ein zweiter, an dem Vorgang beteiligter Tätowierer wird noch gesucht. Vormittags war eine Gerichtskommission am Tatorte und nahm Feststellungen vor.

Arbeiter! Parteigenossen! Erwerbt das Lübecker Bürgerrecht.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
3) Militär-Papier.
4) Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):

5) Gewerbe-Anmeldungsschein.
6) Innungsmitgliedsschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind: außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
8) Geburtsschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

Eckernförde. Die sensationelle „Spionageaffäre" wird wahrscheinlich einen heiteren Ausgang erhalten. Von englischer Seite wird nämlich zu der Sache gemeldet: Von den fünf vor Eckernförde festgenommenen Engländern ist Dr. Stone der erste Hauschirurg des Londoner Metropolitan-Hospitals. Sein Kollege Dr. Binns erklärte, daß die auf der Jacht versammelte Gesellschaft ursprünglich aus sechs Mann bestand; der Sechste war Dr. Moore vom Saint Bartholomew-Hospital in London. Die sechs Herren sind gemeinsam Besitzer der Jacht, die sie für Ausflüge am Wochenende benutzten. Die Fahrt, die am Sonnabend so sonderbar endete, begann vor vierzehn Tagen in Dover. Dr. Moore mußte jedoch Ende letzter Woche wieder in seinem Hospital zurück sein, und so verließ er die anderen Herren, bevor sie verhaftet wurden. Dr. Moore gibt sich nun in London alle Mühe, den Beamten der deutschen Botschaft und des Kriegsministeriums zu beweisen, daß der Spionageverdacht gegen die 5 Herren absolut grundlos sei. Dr. Stone ist ein leidenschaftlicher Photograph und bringt von allen seinen Ausflügen eine Menge Photographien heim. Der Ausflug, schloß Dr. Binns, war ein reiner Feiertagsausflug, und keiner der Herren hat etwas mit Spionage zu tun. Vielleicht waren sie bei ihrem Bestreben, möglichst viele Photographien heimzubringen, etwas unvorsichtig. Die Londoner Nachmittagszeitungen spotten über den Mangel an Humor bei den deutschen Postbeamten. Wenn ein Beamter die Postkarte anhielt, auf der Stone meldete, noch seien sie nicht eingesteckt, obwohl er rechts und links photographiere, so sei dem Postbeamten der Gedanke nicht gekommen, daß ein Spion vertrauliche Mitteilungen nicht auf einer Postkarte heimschicke. Außer einer Ansichtspostkarte, die in London eintraf, liegen von dem verhafteten Rechtsanwalt Sheffield keine Nachrichten vor. Auf der Postkarte, die aus Eckernförde vom 3. August datiert ist, teilt Sheffield seinem Geschäftsteilhaber mit, daß die Jacht in einem oder zwei Tagen zurückfahren würde. Er könne ihm auch keine Adresse angeben; aber wenn der Geschäftsteilhaber wolle, könne er ihm, Sheffield, nach Brunsbüttel telegraphieren. Sheffields Geschäftsteilhaber erklärte, Sheffield sei wohl ein leidenschaftlicher Seefahrer, bekümmere sich aber nicht um die Photographie, und es sei lächerlich, ihn in eine Spionagegeschichte zu verwickeln. Der Verhaftete Macdonald ist ein tüchtiger Ingenieur. Er erfand einen Apparat, um den Boden der Kriegsschiffe auf See zu reinigen.

Lockstedt. Soldatenerkrankungen im Lockstedter Lager. Bei den Wandsbeker und Schleswiger Husaren-Regimentern Nr. 15 und Nr. 16 sowie dem Infanterie-Regiment von Manstein (schleswigsches) Nr. 84, die augenblicklich zu Übungen im Lockstedter Lager weilen, sind, wie dem „Fremdenblatt" gemeldet wird, etwa vierzig Mann an Darmkatarrh und Diphtherie erkrankt und in das Baracken-Lazarett gebracht worden. Vermutlich sind die Erkrankungen auf den Genuß verdorbener Fleischwaren zurückzuführen. Der Zutritt zu dem Lager ist durch Kommandanturbefehl vorläufig für Zivilisten gesperrt.

Aus dem Gerichtssaal.

Lieber Zuchthäusler als Soldat. Der verwegene Ausbruch zweier Militärgefangenen aus dem Dresdener Festungsgefängnis im Januar d. Js., der damals allgemeines Aufsehen erregte, weil man ein Entweichen aus dieser Strafanstalt für fast unmöglich hielt, bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem dortigen Kriegsgericht. Gefesselt vorgeführt wurden die Militärgefangenen Scheiler und Uhlitzsch, um sich wegen gemeinschaftlicher Fahnenflucht, Preisgabe von Dienstgegenständen, Diebstahls und Hehlerei zu verantworten. Scheiler und Uhlitzsch verbüßten im Dresdener Festungsgefängnis je eine längere Strafe, ersterer wegen gemeinschaftlicher Fahnenflucht und letzterer wegen Selbstverstümmelung. Schon mehrfach hatte Scheiler seinem Leidensgenossen zugeredet, mit ihm fahnenflüchtig zu werden, da er es nicht mehr aushalten könne. Am 26. Januar, früh 6½ Uhr, also bei völliger Dunkelheit, waren beide damit beschäftigt, Aschkübel nach der im Hofe gelegenen Müllgrube zu bringen; dabei waren sie ohne Aufsicht; schnell faßten sie den Plan, nunmehr die Flucht auszuführen. Sie überkletterten die über 4 Meter hohe, mit Eisenzacken versehene Mauer und gelangten nach Überwindung verschiedener Hindernisse ins Freie. Notdürftig gekleidet, und einer ohne Strümpfe, hielten sie sich den ganzen Tag über bei bitterer Kälte im Walde auf. Nachdem sie sich dann Zivilkleidung verschafft hatten, gingen sie auf Wanderschaft. Genau einen Monat später wurden die Deserteure beim Betteln in Bayern festgenommen. Aus der Vorgeschichte Scheilers ist folgendes bemerkenswert. Als elternloses Kind hat er eine durchaus mangelhafte Erziehung und Ausbildung genossen und sich immer krank gefühlt, er hat deshalb auch ein sehr haltloses Leben geführt. Im Jahre 1910 wurde er beim Militär eingestellt, aber der Dienst fiel ihm wegen seiner schwachen Körperkonstitution und des bestehenden Nervenleidens sehr schwer. Nach der zweiten Fahnenflucht wurde er zur Beobachtung auf den Geisteszustand ins Lazarett gesteckt. Der ärztliche Sachverständige gab in der Verhandlung sein Gutachten dahin ab, daß Scheiler wohl geistig minderwertig und degeneriert, aber für seine Handlungsweise verantwortlich zu machen sei. Auf der Flucht hatte sich Scheiler dahin ausgesprochen, daß er bei einer etwaigen Wiederverhaftung den wilden Mann spielen oder sich an einem Vorgesetzten vergreifen werde, damit er vom Militär los und ins Zuchthaus käme, denn er fühle sich dienstunfähig. Das Urteil lautete bei Scheiler auf 2 Jahre 9 Monate und bei Uhlitzsch auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis! Außerdem wurde auf erneute Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 6. Aug.

Auftrieb 6600 Schweine. Markt rege geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 78,— (—,— bis 62,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 77,— bis 78,— (61,50 bis 62,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 77,— bis 78,50 (60,— bis 61,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 77,00 bis 78,00 (60,00 bis 61,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,— bis 76,— (53,00 bis 58,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 72,— bis 74,00 (57,50 bis 59,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 65,00 bis 71,00 (50,50 bis 55,50) Mk.

Literarisches.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Neue, ab 5. Juli 1912 gültige Fassung. Taschenformat. Preis 1,10 Mark. Gesetzverlag L. Schwarz & Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80. Die am 5. Juli 1912 in Kraft getretenen vielen Abänderungen des Reichs-Strafgesetzbuches haben eine Neuausgabe erforderlich gemacht, denn alle früheren Ausgaben sind veraltet und unrichtig, zumal seit Bestehen des Reichs-Strafgesetzbuches im Laufe der Jahre 15 verschiedene Novellen Gesetzeskraft erhalten haben. Es ist aber für jedermann unerläßlich, im Besitze eines vollständigen und richtigen Strafgesetzbuches zu sein, weshalb die Anschaffung des handlichen Buches als nützlich zu empfehlen ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Am Dienstag, dem 6. August, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden im Alter von 26 Jahren unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Hermann Düsterdieck.

Betrauert von seinen Eltern, Geschwistern und allen, die ihm nahe standen.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr vom Vorwerker Friedhof aus statt.

Um stille Teilnahme wird gebeten. 2406

Verb. der Maler.

Am 6. August starb unser treues Mitglied, der Kollege

Hermann Düsterdieck.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle aus statt. 2413

Für die vielen Aufmerksamkeiten zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlichst. 2414

C. Schroeder und Frau,
Emma, geb. Rothlander.

---

6 Stück kl. Häuser billig zu verkaufen in Gem[illegible] 2289
Näheres **H. Dechau,** Moislinger Allee 141.

Mod. Plüschgarn. billig zu verkf. 2419) Moislinger Allee 11 b. pt.

Zufall. Moderne Garnitur für Mk. 90.—, prachtvolle Salongarnitur, bestickt, Mk. 165 sof. zu verk. (2409) **Wahmstr. 83, pt.**

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.

Johannes Holst
Kohlmarkt 6 und Markt 6.
Spezialit.: **Arbeitergarderoben.**
Meine Hauptpreislagen sind:

gestr. Leder-Hosen	2.45	2.95	3.65
		4.—	4.75
blaue Pilot-Hosen	2.45	2.95	3.65
559)	4.45	5.20	5.95
Pilot-Schnitthosen			4.55
Schlosserhosen	1.40	1.78	2.40
Schlosser-Jacken	1.50	1.95	
			2.40
Manchester-Hosen	4.85	5.50	
	6.95	8.75	

Manchester-Schnitthosen von **M. Mosberg** 8.00
Maurer- u. Zimmerer-Hosen von **M. Mosberg** zu Original-Preisen.
Kojen 1.28 1.48 1.75 1.95 2.25
einzelne Westen in Buckskin, Zwirn, Leder und Manchester
1.95 2.10 2.25 2.35 2.65 3.00
Mützen 30 55 58 75 88 100
blaue Yachtklub-Mützen 78 88 110 125 135 188 200
mit echtem Lederschirm 1.25 1.75 2.00
Maurersocken Paar 45 50 Pfg.
Rote Rabattmarken.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit"

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt")-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote". Johannisstr. 46.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

Sektions-Versammlung der Hausdiener und Fensterputzer
Donnerstag, 8. August
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen bittet
2410) **Der Sektionsleiter.**

Sehr schöne frische 2. Sorte Meierei-Butter
pro Pfd. **1.30 Mk.** empfiehlt
Th. Storm Nachf.,
Königstraße 98. 2417 **Fernruf 473.**

Ein Kleinod des Genusses:
Salem Gold
Cigaretten
Etwas für Sie!
Orient. Tab.- u. Cigaretten-Fabr. „Yenidze", Dresden — Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen. 2408

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Schlutup.

Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, 8. August
abends 8½ Uhr
bei Saborowski, Gasthof zur Linde.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 2. Quart. 1912.
3. Aufstellung von Kandidaten zur Gaukonferenz.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht (2415
Die Distriktsleitung.

Zentralverband der
Zimmerer.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, 8. August
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheit.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
2411) **Der Vorstand.**

Sozialdemokratische Frauen.

Donnerstag, den 8. August
abends 8½ Uhr
Versammlung
im „Gewerkschaftshaus"
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Kinderfest.
2. Abrechnung der Bibliothekarin.
3. Vorlesung von Gedichten.
4. Sonstiges.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
2418) **Die Vorsitzende.**

Achtung!
Arbeitersänger-Bund.
Donnerstag, den 8. d. M., abends 9 Uhr:
Chorprobe
zum Gewerkschaftsfest 2416
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52

Zentral-Hallen
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr
108) Ende 12 Uhr.

Nervosität und Verdauungsstörungen stehen oft in engem Zusammenhange, da die geschwächten Magen- und Darmnerven die Tätigkeit der Verdauungsorgane ungünstig beeinflussen und außer diesen Beschwerden meist auch noch Appetitmangel besteht. Nervösen Leuten wird infolgedessen eine schmackhafte, abwechslungsreiche, gleichzeitig gut ernährende und leicht verdauliche Kost willkommen sein, wie sie ihnen die Anwendung von „Kufeke" zu bieten vermag. Kufeke kann, wie aus dem Kufeke-Kochbüchlein ersichtlich, in den täglichen Speisen gereicht werden, deren Geschmack durch diesen Zusatz nur noch gewinnt. 2407

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
1703) Dampfkorn-Brennerei Buntekuh.

Bibliothek des praktischen Wissens.

Nr. 1.	Die Kunst der Rede	Mk. 1.—
Nr. 2.	Das Ehe- und Familienrecht	Mk. 0.75
Nr. 3.	Das Vormundschaftsrecht	Mk. 0.75
Nr. 4.	Das Erbrecht u. die Testamente	Mk. 0.75
Nr. 5.	Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter	Mk. 0.75

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Fabrikarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck. (Distrikt Lübeck.)

Einladung zum

17. Stiftungs-Fest

verbunden mit
Herren-Preisschießen, Damen- und Kinder-Vergnügen
(Kinder-Vergnügen von 5—7 Uhr)
am Sonntag, dem 19. August 1912
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Herren-Schießen vormittags von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 4 bis 8 Uhr.
Eintritt für Herren 30 Pfg., Damen frei.
Die umliegenden Distrikte sind eingeladen.
2412) **Das Komitee.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 183. Mittwoch, den 7. August 1912. 19. Jahrg.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der erste braunschweigische Reichstagswahlkreis hielt am Sonntag seine Jahreskonferenz ab. Die Mitgliederzahl ist von 8276 auf 9458 gestiegen. Die Kreiskasse hatte eine Einnahme von 47 192, 81 Mk., der eine Ausgabe von 31 957,46 Mk. gegenübersteht. Für den Landbezirk des Kreises soll ein Agitationsleiter angestellt werden. Zum Entwurf des neuen Organisationsstatuts wurde beschlossen: die Erhöhung der Beitrage auf 40 Pfennig abzulehnen und der Reichstagsfraktion nur eine Vertretung von 15 Personen zu gewähren; den Parteiausschuß abzulehnen und dafür den Vorstand um sieben unbesoldete Mitglieder, die vom Parteitag zu wählen sind, zu vermehren. Ferner wurde folgender Antrag angenommen: „Für den Fall, daß der Parteitag in Chemnitz beschließt den monatlichen Mindestbeitrag auf 40 und 20 Pfennige zu erhöhen, ist der Beitrag wie folgt zu verteilen: Parteivorstand und Landesvorstand je 20 vom Hundert, Kreisvorstand und Ort je 30 vom Hundert." — Aus dem Geschäftsbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Recklinghausen ist zu entnehmen, daß der Verein seine Mitgliederzahl im letzten Geschäftsjahr von 1548 auf 1849 steigerte, wobei die Zahl der entrichteten Beiträge zugrunde gelegt ist. Die Arbeit in diesem schwarzen aber zukunftsreichen Kreise wird besonders durch die dort herrschende enorme Fluktuation erschwert. Dennoch gehts vorwärts. Während bei der Reichstagswahl 1907 das im Kreise noch dominierende Zentrum 60,0 Proz. und die Sozialdemokratie 19,4 Proz. der abgegebenen Stimmen erhielt, bekam 1912 das Zentrum nur noch 52 und wir 27,7 Proz. der Stimmen. — Die Sozialdemokratie im Herzogtum Meiningen hielt am Sonntag ihre Landeskonferenz in Probstzella ab. Der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse Seige-Pößneck, erstattete den Jahresbericht, in dem namentlich die letzte Reichstagswahl einen breiten Raum einnahm. Die Mitgliederzahl ist in den beiden Reichstagswahlkreisen gestiegen; der Stand der Jugendbewegung ist gut; auch die Frauen beteiligen sich immer mehr am politischen Leben. Einnahmen und Ausgaben decken sich mit 13 000 Mark. Die beiden Parteiblätter konnten ohne Zuschuß arbeiten. Über die Tätigkeit der Landtagsfraktion berichtete Gen. Knauer. Zum Leiter der Organisation wurde wieder Gen. Seige bestimmt, der auch zum Parteiausschuß vorgeschlagen werden soll. Für die Erhöhung der Beiträge konnte man sich mit Rücksicht auf die arme Landbevölkerung nicht erklären. — Die Kreisorganisation des Wahlkreises Nordhausen zählt 1652 Mitglieder gegen 1468 im Vorjahre. Dieses unbefriedigende Resultat wird auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zurückgeführt. Nach einem Referat des Reichstagsabg. Dr. Cohn nahm die Versammlung einen Antrag an, der den Parteitag ersucht, sich gegen das Stichwahlabkommen der Partei mit den Fortschrittlern auszusprechen und sich gegen ähnliche Abkommen für die Zukunft wendet. Zur Reorganisation des Parteivorstandes hielt die Versammlung den Vorschlag der Reorganisationskommission nicht geeignet, die notwendige Aktionsfähigkeit des Vorstandes herbeizuführen. Sie beantragt deshalb, der Parteitag möge beschließen, daß der Vorstand um mindestens sechs, höchstens neun stimmberechtigte unbesoldete Beisitzer verstärkt wird. Diese sollen auf dem Parteitag aus den verschiedenen Industriegebieten gewählt werden. Sitzungen sollen mit diesen Beisitzern mindestens allmonatlich stattfinden. Die Dreiviertelmajorität derselben soll auch beschließen können, daß Sitzungen des Parteivorstandes auch außerhalb Berlins stattfinden können. Außerdem beschloß die Generalversammlung noch, den Antrag 90 und seinen Zusatzantrag 10 von Nürnberg und Jena zur Aufhebung dem diesjährigen Parteitages zu empfehlen.

Bei den Stuttgarter Gemeindewahlen vom 8. Dezember 1911 war gegen den von der Parteiorganisation vorgeschlagenen Stimmzettel ein lithographierter Gegenzettel in Massen verbreitet worden, auf welchem die nach dem Proportionalwahlverfahren gesetzlich zulässige Stimmenhäufung anders vorgenommen worden war, als dies in der Organisation beschlossen war. Neben diesen gedruckten Zetteln, die fälschlich als Vorschlag der sozialdemokratischen Partei Stuttgart bezeichnet wurden, fanden vielfach noch handschriftliche Änderungen auf den offiziellen Stimmzetteln statt. Da solche Zettel auch in dem zu Groß-Stuttgart gehörigen Kannstatt in Umlauf waren, beschloß die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Kannstatt, gegen die Verbreiter geänderter Zettel das Ausschlußverfahren einzuleiten. Der Verbreitung angeschuldigt wurden die Genossen Dußler, Uhlrich und Sonder, gegen die am 31. Juli und 2. August d. J. unter dem Vorsitze des Genossen Müller-Berlin Schiedsgerichtssitzungen stattfanden. Die Beweisaufnahme ergab, daß es sich bei den Genossen Dußler und Uhlrich nur um Agitation für handschriftlich geänderte Zettel handelte. Die Urheber des gedruckten gefälschten Wahlvorschlags sind bisher nicht ermittelt. Handschriftliche Abänderungen kamen auch bei früheren Gemeindewahlen, als eine Kumulierung von Parteiwegen nicht beschlossen war, vor. Dies wurde früher schon nach den Wahlen gerügt. Außerdem hatte das Zentralwahlkomitee für Groß-Stuttgart vor der Wahl vom 8. Dezember vor Abgabe geänderter Zettel in Versammlungen, in der Presse und durch Plakate gewarnt. Genosse Dußler gab zu, zwei handschriftlich geänderte Zettel gezeigt und dazu bemerkt zu haben: „So wähle ich!" Die beiden Zettel wurden bei der Wahl nicht abgegeben, sondern dem Parteiausschuß übergeben. Im Falle Uhlrich wurde eine Verbreitung geänderter Zettel nicht behauptet, ihm aber vorgehalten, daß er für Abgabe geänderter Zettel agitiert habe, und daß er erklärt habe, daß sich unter ähnlichen Voraussetzungen bei künftigen Wahlen das Gleiche wiederholen dürfe. Der Genosse Sonder hatte in drei Fällen die lithographierten Zettel weitergegeben, die er von dem Vertrauensmann des Geschäfts erhalten haben will, dem die Zettel wiederum zugeschickt worden seien. In einem Falle will er den Zettel nur in ironischer Absicht weitergegeben haben, im zweiten Falle habe er durch Abgabe dieses Zettels an einen nur gewerkschaftlich organisierten Genossen diesen überhaupt zum Wählen veranlassen wollen; im dritten Falle war der Empfänger inzwischen verstorben. In dem zweiten Fall wurde der Zettel von dem betreffenden Empfänger bei der Wahl nicht abgegeben. Von den Warnungen in der Presse, in Versammlungen und durch Plakate will Sonder nichts erfahren haben, da er im Dezember beruflich stark beschäftigt gewesen sei. Die angeschuldigten Genossen glaubten zu ihrem Vorgehen berechtigt zu sein, weil auch früher schon bei den Wahlen, wenn auch in weit geringerem Prozentsatze Zettel anders abgegeben wurden, als durch die Organisation beschlossen worden war, weil ferner in ihrer Auffassung nach die Kandidatenaufstellung nicht ordnungsgemäß erfolgt sei (was von der Organisation bestritten wird) und weil alte bewährte Genossen, die bisher dem Gemeinderat angehört hatten, durch die Kumulierung des offiziellen Vorschlags der Parteiorganisation, zu aussichtslosen Kandidaten geworden wären. Die Angeschuldigten behaupteten ferner, daß auch von der Gegenseite bei der Wahl in großer Zahl abgeänderte Zettel abgegeben wurden. — Das Schiedsgericht stellte in den Fällen Dußler und Uhlrich einstimmig fest, daß eine ehrlose Handlung nicht vorliege, und entschied mit Mehrheit, daß ein beharrliches Zuwiderhandeln gegen den Beschluß der Parteiorganisation vorliege, weshalb gegen Dußler und Uhlrich auf Ausschließung von Vertrauensämtern auf die Dauer von 2 Jahren zu erkennen sei. Im Falle Sonder sah das Schiedsgericht in der Weitergabe des lithographierten Zettels mindestens in einem Falle eine erwiesene ernstgemeinte Verbreitung. Das Schiedsgericht stellte mit vier gegen drei Stimmen fest: Der lithographierte Zettel war eine raffinierte Fälschung, mit der der Eindruck erweckt werden sollte, als ob es sich um den Vorschlag der Stuttgarter Parteiorganisation handele. In der Herausgabe und Propagierung dieses gefälschten Vorschlages sieht das Schiedsgericht eine ehrlose Handlung, und in dem Falle Sonder die Unterstützung einer ehrlosen Handlung. Als mildernder Umstand müssen die scharfen Gegensätze in Stuttgart und ihre vielfachen unparteigenössischen Begleiterscheinungen in Betracht gezogen werden." Das Schiedsgericht erkannte demgemäß mit 4 gegen drei Stimmen auf Ausschließung von Vertrauensämtern für 5 Jahre.

Der Parteitag der bayrischen Sozialdemokratie in Landshut, der schwarzen Kreishauptstadt Niederbayerns, war der am stärksten besuchte aller Landesparteitage. Es waren 184 Delegierte anwesend. Genosse Vollmar führte den Vorsitz. Der Vorstandsbericht stellte zahlenmäßig fest, wie die Sozialdemokratie in Bayern auf allen Gebieten mächtig fortschreitet. Die Organisation hat in diesem Jahre das erste Hunderttausend der Mitglieder erreicht; auch die Gewerkschaften haben ihre Mitglieder in zwei Jahren um 52 000 vermehrt. Die Debatte, die dem Vorstandsbericht folgte, behandelte hauptsächlich das Wahlabkommen bei den Landtagswahlen, das von den nordfränkischen Genossen heftig kritisiert wurde, weil sich seine Spitze allein gegen das Zentrum richtete, das in Hof und Bayreuth nicht in Betracht komme. Schließlich wurde aber mit erdrückender Mehrheit gegen 17 Stimmen das Vorgehen des Vorstandes gebilligt, ihm also das Vertrauen des Parteitages ausgesprochen. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, daß künftig, der bisherigen Praxis entsprechend, bei Wahlabkommen zuvor die Gau- und Wahlkreisleitungen verständigt würden. In der weiteren Debatte wurde nur vereinzelter Widerspruch dagegen laut, daß bei der Präsidiumswahl des Landtages die Sozialdemokraten, um dem Zentrum jeden Vorwand zu nehmen, sich den Liberalen gegenüber verpflichtet hatten, an der üblichen Vorstellung beim Prinzregenten teilzunehmen, wogegen sich die Liberalen verpflichteten, ohne die Sozialdemokraten keinen Sitz im Präsidium anzunehmen. Bei dem Fraktionsbericht lebten die innerpolitischen Erörterungen nochmals auf. Genosse Adolf Müller gab ein umfassendes und scharfes Bild der gegenwärtigen politischen Situation in Bayern. Schon Genosse Vollmar hatte in seiner Begrüßungsrede ausgeführt, daß wir in Bayern vor sehr ernsten Entscheidungen ständen, weil der regierende Klerikalismus sich auf den Weg der Gewaltpolitik begeben wird. Auch Genosse Auer hatte diese schwarzen Pläne im Auge, als er die Auffassungen der Sozialdemokratie dahin zusammenfaßte: Wir lassen uns nicht treten! Genosse Müller gab interessante Mitteilungen über die Ursachen des letzten Ministersturzes und über das neue Ministerium. Hertling kam als Vertrauensmann des Kaisers nach München ins Ministerium und trug sich zuerst mit der dann durch den Jesuitenerlaß vereitelten Hoffnung, es bald zum Reichskanzler zu bringen. Müller berichtete auf Grund einer, wie wir versichern können, durchaus zuverlässigen Information: Der deutsche Kaiser sei nach einer Unterhaltung mit dem

---

Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton von Perfall.

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Fraß hatte begonnen! Graue Massen wälzten sich Stamm auf, Stamm ab, Körper über Körper, ein unendliches Ringen und Kämpfen begann. Die äußersten Astspitzen schwankten unter der Last der in Traubengebilden herabhängenden Raupen. Ein ununterbrochener Regen rieselte herab, zernagte Nadeln, die Exkremente der Tiere, während der Boden sich mit einer dichten Schichte Unterlegener, Verdrängter, Getöteter bedeckte.

Ein unerträglicher Verwesungsgeruch stieg auf, wo noch vor einer Woche der köstliche Geruch des Harzes, der jungen Blüten die Luft erfüllte. Er vergiftete förmlich den Bauern, der einem kranken, erschöpften Greise glich.

Selbst Matthes und die Mutter betrachteten ihn mit Mitleid, versuchten sich sogar in Tröstungen und Bedauernissen. Doch denen winkte er nur mit einem herben Zug um den Mund ab.

„Laßt das! Was sein muaß, muaß sein!"

Sommerlicher Wald, in dessen kühlen, duftigen Schatten wir fliehen aus dem heißen, bestaubten Leben, von uralter Sehnsucht gepackt! Ob du in glühendem Sonnenbrand ruhst, von tausend Lichtern und Schatten durchspielt, oder die Nacht herab sich senkt auf die flüsternden Wedel und Zweige, Nebelschleier um die bemoosten Stämme schweifen, segensreicher Regen auf dich herniederrauscht, oder der Sturm deine Wipfel peitscht, fahle Blitze dich durchleuchten, ob die aufgehende Sonne dich in prunkendes Gold und Diamanten kleidet, oder die untergehende mit einem feierlichen, roten Schimmer überströmt, immer bist du erhaben und schön! Ja, selbst wenn die gierigen Flammen, von unvorsichtiger oder böser Hand entfacht, prasselnd, knallend, von Gipfel zu Gipfel fliegend, dich verzehren, oder der entfesselte Orkan in jähem Anprall dich mit Donnergetöse zu Boden schmettert, ist dein Tod erhaben. Und jetzt all die würdige Größe zernagt, beschmutzt von einer Raupe, ein häßlicher, dürrer, übelriechender, riesiger Leichnam!

Keine grüne Nadel war übrig geblieben Weit und breit nichts als rote, kahle Wipfel. Nur einzelne Eichen ragten wie grüne Oasen aus der dürren Baumwüste empor. Und darüber die Ruhe des Todes. Kein Vogel ließ sich hören. Die überlebenden Raupen hatten sich verpuppt. Die Vernichtung war eine vollständige.

Johannes erhielt von der Forstbehörde ein amtliches Schreiben, nach welchem der völlige Abtrieb der kahlgefressenen Flächen noch diesen Sommer bewerkstelligt werden mußte, um weiterem Unheil vorzubeugen.

Johannes las es zweimal, dann hielt er sich die Brust mit beiden Händen, atmete schwer auf und rief nach Matthes.

Der kam ganz schüchtern herein, er wußte, daß ein Schreiben gekommen, was es enthielt, aber er wollte es sich nicht merken lassen.

„Da les." Der Bauer legte ihm das Schreiben vor.

Matthes wurde feuerrot. Einen Schrecken zu heucheln wagte er doch nicht vor dem prüfend auf ihm ruhenden Auge des Vaters.

„Ja, mein Gott, was is da z'mach'n, wenn das Forstamt befiehlt," stotterte er. „Übrigens von weg'n der Verwertung brauchst kein' Sorg' z'hab'n. 's Bergwerk und die Papierfabrik pass'n schon lang drauf."

„So? 's Bergwerk und die Papierfabrik!" wiederholte Johannes, in heftigem Zorn an seinem Schnurrbart kauend.

„Und wenn s' mir's in Gold aufwieg'n, jeden Bam, sie kriag'n kein' Stamm, kein' Steck'n!"

Es war die letzte Aufwallung. Gewaltsam unterdrückte er sie, sich mit dem farbigen Sacktuch über das Gesicht fahrend.

„Du schreibst an Herrn Polentz, glei soll er komma. Der mir schnell auframt, der is ma der Liabste. Auf's Geld pfeif i! Wen i daran denk, daß i's anrühr'n soll, graust ma schon."

Er erhob sich gebückt. Dann warf er einen sonderbaren Blick auf Matthes. Es lag mehr bitteres Weh darin als Zorn.

„Dir graust's freili net davor. Geld! Geld! Das is ja euer ganz Begehr, was a drüb'r zu Grund geht. — No ja," er reckte sich gewaltsam auf. „All's hat a End auf der Welt. Schreib nur dem Polentz."

Er ging langsam aus der Stube. Vor dem Hause blieb er stehen. Das Herz krampfte sich ihm zusammen, wie er so über die dürren Wipfel blickte, über das fahle Rot ringsum. Plötzlich zuckte er zusammen, hielt die Hand über die Augen und beugte sich weit vor.

Was war das, was da heraufblitzte mitten aus dem Walde? Er beugte sich rechts, er beugte sich links. Kein Zweifel, es war ein Fenster, in dem die untergehende Sonne ihr Lichtspiel trieb. Es gab aber nur ein Fenster im ganzen Wald, das Fenster der Holzerhütte.

Er trat wenige Schritte beiseite, da erblickte er auch den schwarzen Giebel. Der Anblick überwältigte ihn, er mußte sich auf die Bank setzen. In wenig Wochen steht kein Baum mehr zwischen der Hütten und dem Hof, und dann, dann kommt wirklich der Händler, von dem er damals gesprochen mit dem alten Grimm — da kann man es sehen, was für ein armseliges Ding ist um den menschlichen Stolz! Der Ferl war ihm zu schlecht gewesen für die Tochter des Bauern vom Wald. Aber in wenig Wochen gibt's ja kein' Bauer vom Wald mehr; nachher wär' ja der Ferl auch nimmer zu schlecht, der Sohn von dem einzigen Menschen, der mit ihm weinen wird um den schönen Wald!

Denselben Abend noch ging er zum Grimm und zeigte ihm das Schreiben von dem Forstamte. Dem schweigsamen Alten, der bis dahin mit stoischer Gelassenheit die Katastrophe über sich ergehen ließ, den auch der entsetzliche Gestank der Verwesung ringsum nicht vertreiben konnte, liefen jetzt die hellen Tränen über die tiefgefurchten Wangen.

„Und den Ferl laß komma, glei morg'n. Es gibt jetzt Arbeit g'rad genua für ihn, er muaß komma!"

Grimm sah mit offenem Munde auf seinen Herrn. Der wies mit dem Stecken gegen den Hof; zwischen den des Nadelwerkes beraubten Stämmen sah man ihn deutlich liegen auf der Höhe.

„Da schau hin! Bis in an Monat kommt's schon no besser."

„Das soll heiß'n, Bauer?" fragte Grimm mit zitternder Stimme.

„Das soll heiß'n, daß bis in an Monat kein' Bauern vom Wald mehr gibt, und — und daß für an Bauern ohne Wald dei' Ferl grad guat gnua wär' als Tochtermann."

Johannes reichte dem Alten tiefbewegt die Hand, die Lippen zuckten ihm verdächtig. Auch der knorrige Alte war ergriffen. Ein Lebensalter hindurch gewahrte Treue, die gemeinsame Liebe, die sie seit Jahrzehnten verband, brach durch in dieser arbeitsharten Brust.

„So schwör' i dir dageg'n, so wahr unser Herrgott mir helf, und mein Buab'n — wir woll'n dein'm Wald treu bleib'n bis wir d' Aug'n schliaß'n und acht'n drauf, wia auf unser Seelenheil."

„Mein Wald, sagst? I hab' ja kein' Wald mehr in an Monat, sag i dir!" erwiderte der Bauer.

„So, meinst, weil die alt'n Teufel da umanand nimmer steh'n? Und was is denn nachh'r das da?" Er stieß mit dem krummen Fuß gegen den Boden. „Ruhn da unt' net a Dutzend solche Wälder? Geht das aus? Der Bod'n is der Wald und den könna kane Raup'n net fressen, kein Wind verweh'n und kein Feuer verbrenna. — Also!"

Johannes sah den Alten betroffen an. Daran hatte er in seinem Gram nicht einmal gedacht. Einen Augenblick zuckte es auf in ihm wie Freude, doch rasch erstarb die augenblickliche Regung. Er schüttelte nur traurig den Kopf.

„Mei', Grimm, wir erleb'n 's nimma und dena, die nach uns komma, wachs'n d' Bam z' langsam. I dank dir für den Trost, aber — laß den Ferl komma."

Johannes ging, er konnte es nicht aushalten in der vergifteten Luft. Grimm aber schrieb auf dem Hackstock vor der Hütte mit zitternder Hand an seinen Sohn:

„Liaber Ferl! Kommen sollst, meint der Bauer, und zwar glei. Wir schau'n jetzt z'samm, der Hof und die Hütt'n. — Kennst di aus? — I bin alt und z'sammg'arbeit und hab di wol nöti, und do war's mir glei liab'r, i kriegt' di nimma z'seh'n, als das Unglück. Aber da bist g'rad a Muck'n geg'n so was. Unser Herrgott, der den Wald wachs'n laßt, kann an a wied'r nehma und umg'kehrt, ganz riti, so mein i, 's wird do no all's sein Richtigkeit hab'n. Also schleun' di, Bua, 's Rosl is alleweil no richtt!

Dein alter Vater Grimm."

Das war der längste Brief, den er je geschrieben, die Finger waren ihm stocksteif davon. (Fortsetzung folgt.)

neuen Ministerpräsidenten so geblendet gewesen, daß er gesagt habe: 10 Bethmann für einen Hertling. Adolf Müller bezweifelte nun allerdings, daß jetzt am Schlusse des ersten Semesters Wilhelm II. den Professorentausch Bethmann-Hertling noch eingehen wird, weil Bethmann doch nicht die Riesendummheit des Hertlingschen Jesuitenerlasses begangen haben würde. In der Debatte wurde fast allgemein anerkannt, daß sich der bayrische Kammerliberalismus anständig liberal verhalten habe. Auch der Kritiker des Wahlabkommens in der bayrischen Fraktion, Gen. Simon, gab das unumwunden zu. Die sozialdemokratische Antwort auf die klerikale Gewalt wird zunächst darin bestehen, daß wir unsere Organisation erweitern und vertiefen. Zu diesem Zweck wird bereits im nächsten Jahre ein außerordentlicher Parteitag in Nürnberg stattfinden. Über Steuerpolitik sprach Genosse Haller. Sein Vortrag erweiterte sich zu einer Kritik des gesamten deutschen Finanzwesens. Haller kam zu dem Schluß: Eine Sanierung der einzelstaatlichen und Reichsfinanzen könne eine Reichserbschaftssteuer bringen. — Das frivole sozialpolitische Spiel des Zentrums unterzog Genosse Simon in eindringlicher Darlegung einer vernichtenden Kritik. Das kommunalpolitische Programm, das Segitz und Südekum gemeinsam ausgearbeitet haben, soll bis zum nächsten Frühjahr fertiggestellt werden und dem außerordentlichen Parteitag vorgelegt und beraten werden. Eine besondere Aufmerksamkeit wird der gesetzlichen Regelung der Besitzrechte der Gemeindebürger gewidmet werden. Das Zentrum plant einen neuen Verrat. Es will in überstürzter Beratung noch in dieser Session das altbayrische Heimatsrecht beseitigen und durch den Reichsunterstützungswohnsitz mit all seinen Mängeln und Rechtlosigkeiten ersetzen. Eduard Schmidt wies überzeugend nach, daß die Vorlage in dieser Form für uns unannehmbar ist. Genosse Timm beschäftigte sich mit den eben herausgekommenen bayrischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung. Diese bedeuten das schlechteste Recht, das überhaupt zulässig ist. Sogar die Landkrankenkassen sind vorgesehen. Der letzte Tag brachte wichtigere Willensäußerungen zur inneren Organisation. Die einheitliche Heraufsetzung des Parteibeitrages sollen die Bayern in Chemnitz nicht vertreten, sondern es bei der jetzigen Praxis belassen, bei der es möglich ist, nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Kreise die Beiträge festzusetzen. Doppelmandate werden, ohne rigorose Ausnahmslosigkeit, künftig für unzulässig erklärt. Über eine Anregung, die Frage der Abonnentenversicherung zu prüfen, wurde mit einer kleinen Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen. Auch die Antragsteller dachten natürlich an keine Einrichtung ähnlich der bürgerlicher Blätter, sondern an eine Verbindung mit der künftigen „Volksfürsorge“. Der bisherige Landesvorstand wurde wiedergewählt. Für den evtl. in Chemnitz zu wählenden Parteiausschuß wurde für Nordbayern Gen. Walter, für Südbayern Gen. Auer vorgeschlagen. Der nächste ordentliche Parteitag findet 1914 in Neustadt a. d. Hardt statt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lohnbewegung der Maschinisten und Heizer in den Schneidemühlen Tilsits ist zugunsten der Arbeiter beendet. Es gelang, mit dem Unternehmerverband einen Tarifvertrag auf die Dauer von drei Jahren abzuschließen, der für die Arbeiter bedeutende Vorteile bringt. Der Monatslohn beträgt für Maschinisten 120 Mark, steigend auf 130 Mark während der Vertragszeit. Die Heizer erhalten 36 Pfg. die Stunde, steigend auf 40 Pfg. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf elf Stunden festgesetzt. Für Arbeiten während der Pausen wird ein Zuschlag von 10 Pfg., für Überstunden 5 und 10 Pfg. die Stunde gezahlt. Die Vorteile sind insofern von Bedeutung, als noch Löhne für die Heizer von wöchentlich 19 Mk. vorhanden waren, die nun durch die Tarifregelung um etwa 7 Mk. erhöht wurden. In den meisten Betrieben mußten Arbeiten während der Pausen ohne Bezahlung geleistet werden, ebenso Überstunden, die jetzt nur gegen Bezahlung nach den tariflichen Abmachungen verlangt werden können. Leider gelang es nicht, für die Arbeiter Ferien zu erwirken. Die Unternehmer sahen wohl die Berechtigung der Forderung ein, wollten aber nicht die ersten in Norddeutschland bezw. der Ostsee sein, die den Maschinisten Ferien zubilligen. Alles in allem ist der Erfolg für die Maschinisten und Heizer ein voller; er wird hoffentlich dazu beitragen, daß die dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer noch fernstehenden Maschinisten und Heizer in den Ostseedistrikten als Mitglieder beitreten.

Vom Lohnkampf im Berliner Dachdeckergewerbe. Die Lohnbewegung der Dachdecker in Berlin hat in den letzten Tagen wenig Ausdehnung erfahren. In einigen Firmen mußten die Arbeiter die Arbeit einstellen, während die Unternehmer versuchten, die Aussperrung umfangreicher durchzuführen. Das gelang ihnen allerdings sehr wenig. Zwar wurde in einer Generalversammlung der Innung unter Hinweis auf einen Beschluß vom 8. Juli besonders verlangt, daß die Unternehmer allgemein aussperren sollten. Die Wirkung dieses Beschlusses war, daß noch drei Firmen aussperrten. Die Zahl der Ausgesperrten hat sich hierdurch aber nicht besonders erhöht. In der letzten Innungsversammlung kam es übrigens zu heftigen Auseinandersetzungen, weil ein Teil der Innungsmeister absolut nicht aussperren will. Ausgesperrt haben bis jetzt insgesamt 21 Firmen etwa 150 Arbeiter. 10 Firmen, darunter einige der größten in Berlin und den Vororten, haben die von den Arbeitern geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen bereits unterschriftlich anerkannt.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Böttcher in Magdeburg. In Magdeburg hatten die Böttcher ihre Kündigung eingereicht. Sie wollten am 1. August die Arbeit einstellen, weil die Innung sich zu Verhandlungen über eingereichte Forderungen mit Vertretern des Verbandes nicht verstehen wollte, und außerdem auch dem Gehilfenausschuß, mit dem sie verhandeln wollte, kein besonderes Entgegenkommen zeigte. Kurz vor der Arbeitsniederlegung ist es nun doch noch zu einem dreijährigen Tarifabschluß zwischen Innung und Verband gekommen. Der Tarifvertrag sieht u. a. vor: Die Erhöhung des Stundenlohnes von 52 Pfg. auf 58 Pfg., was einen wöchentlichen Mehrverdienst von 3 Mk. bedeutet; nach einem Jahre tritt eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde wöchentlich, in dem darauffolgenden Jahre eine weitere Verkürzung um eine volle Stunde ein, sodaß im dritten Vertragsjahre täglich 9¼ Stunden gearbeitet werden. Der Arbeitsverdienst darf durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht geschmälert werden. Bei einigen kaufmännischen Geschäften, die der Innung nicht angehören und keinerlei Entgegenkommen zeigten, ist am 2. August die Arbeit niedergelegt worden.

Tarifabschluß der Brauereiarbeiter in Bonn. Viel Mühe und Opfer hat es erfordert, die Brauereiarbeiter der Universitätsstadt Bonn in solcher Zahl zur Organisation zu bringen, um einen Vorstoß zur Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu machen. Schon viermal war es gelungen, einen Teil dieser Arbeiter zu organisieren, immer wieder gingen sie der Organisation verloren. Schuld daran war zum größten Teil das dort eingeführte Gratifikationssystem. Bei schlechten Löhnen erhielten die Arbeiter am Jahresschluß eine „Gratifikation“ bis zu 120 Mark, diese wurde aber nur ausbezahlt bei voller Jahresbeschäftigung. Die Angst um den Verlust dieser für die Unternehmer so außerordentlich wertvollen Einrichtung hielt die Arbeiter von der Organisation ab. Im Herbst v. Js. organisierten sich die Arbeiter wieder und blieben auch bei der Organisation; nach verhältnismäßig kurzer Zeit haben sie nun auch den praktischen Erfolg in Form eines vorteilhaften Tarifvertrages, den die beiden Großbrauereien anerkannt haben. Die Arbeitszeit ist auf 9½ bezw. 10 Stunden festgesetzt, die Lohnerhöhungen betragen 2.50 Mk. bis 8.00 Mark pro Woche. Die Überstundensätze wurden erhöht, die Überschichten im Maschinenraum werden extra bezahlt — früher waren sie im Monatslohn einbegriffen, auch sonst wurden noch Verbesserungen erzielt. — Damit ist Bonn auch in die Reihe der Städte mit tariflich geregelten Verhältnissen für die Brauereiarbeiter gerückt.

11. Verbandstag des deutschen Fabrikarbeiterverbandes. Die Tagung vollzieht sich im Festsaale des „Kristallpalastes“ in Dresden, wo bereits am Sonntag die feierliche Eröffnung stattfand. Laut der Präsenzliste nehmen 160 Delegierte, eine Anzahl Gauleiter etc. sowie Vertreter der Bruderorganisationen aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Oesterreich an den Verhandlungen teil. Nach Begrüßungsworten der ausländischen Organisationsvertreter erstattete der Verbandsvorsitzende Brey den mündlichen Geschäftsbericht. Der Referent beschränkte seine Ausführungen auf kürzere Ergänzungen des gedruckten Geschäftsberichts, aus dem wir die wichtigsten Entwickelungsdaten bereits im Vorbericht brachten. Wesentliche Unterstützung in der Agitation leistete die vom Redakteur Schneider verfaßte Schrift über die Gefahren in der chemischen Industrie. Sie erregte Aufsehen, fand anerkennende Rezensionen bei Gelehrten und Klassengenossen, aber bittere Anfeindungen bei den Vertretern und Freunden des Kapitals. Der Verband hat seinen Zweck, den angeschlossenen Arbeitern und Arbeiterinnen im Kampf ums Dasein eine Hilfe zu sein, redlich erfüllt. Die Streikunterstützung (1 974 304 Mk. für Streiks und Aussperrungen) ist fast um das Dreifache gestiegen, obgleich der Vorstand bemüht ist, überall wo die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung unter Wahrung der Interessen der Arbeiter gegeben ist, diesen Weg der Verständigung zu beschreiten. Als erfreulich bezeichnete Redner die erhebliche Ausbreitung des Tarifwesens während der beiden letzten Jahre. Zu Beginn des Jahres 1910 waren im Verbandsgebiet 124 Verträge für 195 Betriebe mit 17 495 Personen in Kraft. Am Anfang dieses Jahres betrug die Zahl der Verträge 293, die Zahl der durch sie erfaßten Betriebe 495, und die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter 31 397. Auch im laufenden Jahre sind die Lohnbewegungen von erfreulichen Erfolgen begleitet. — Kassierer Bruns gab etliche Erläuterungen zu den bereits im Vorbericht gebrachten Zahlen. Der vom Ausschußvorsitzenden Bruhns-Wandsbek erstattete Bericht des Ausschusses, der über zirka 30 Beschwerdefälle Auskunft gibt, hat wenig Interesse für die Öffentlichkeit. — Aus dem Bericht des Redakteurs Schneider sei erwähnt, daß Beschwerden gegen das Verbandsorgan weder beim Vorstand noch bei der Redaktion eingingen. Danach zu schließen, ist die Mitgliedschaft mit der Haltung des Organs einverstanden. Neben dem „Proletarier“ wurde die „Gleichheit“ Ende 1911 in 10 370 Exemplaren „L'Operaio Italiano“ in 590 und „Oswiata“ in 1385 Exemplaren ausgegeben. Die an die Berichterstattung anknüpfende Debatte ging noch im Laufe des Montag nachmittag zu Ende und ergab in allen großen Punkten volle Zufriedenheit mit der Tätigkeit des Vorstandes. Nach den Schlußworten der Referenten wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Aus Nah und Fern.

Schweres Sturmwetter an der Ostseeküste. Aus Swinemünde wird berichtet: Am Montag abend gegen 7 Uhr hat ein Sturm eingesetzt, der die Gewalt eines Orkans angenommen hatte; er war von heftigem Regen begleitet. Ein Segelboot des Torpedobootes G 149 mit fünf Mann Besatzung und ein zweites mit sechs Badegästen besetztes Segelboot sind gekentert. Angeblich sind alle Insassen gerettet worden. Der Sturm war so heftig, daß 250 Badegäste, die zur Besichtigung des Kreuzers „Oldenburg“ gefahren waren, die Nacht an Bord bleiben mußten.

Nach dem Genusse giftiger Pilze ist auf dem Rittergute Groschotin bei Exin in Posen eine galizische Arbeiterfamilie erkrankt. Drei Personen sind gestorben, eine vierte ringt mit dem Tode.

Ein Kampf auf dem Dache. Eine schreckliche Szene, deren Schauplatz das Dach eines sechsstöckigen Arbeiterhauses war, spielte sich in Genf ab. Als die Geliebte eines Arbeiters mit dessen Nebenbuhler durch ein Dachfenster in die Wohnung steigen wollte, überraschte sie ihr Geliebter. Er stürzte den Nebenbuhler nach verzweifeltem Kampf am Dachrand in die gähnende Tiefe, wo er zerschmettert liegen blieb.

Ein Sekundant beim Duell erschossen. Bei einem Duell, das in Huntsville in Alabama zwischen dem Journalisten Hamilton, dem Herausgeber des Huntsville-Herald, und van Davis, dem Herausgeber der Huntsviller Times, auf Pistolen ausgetragen wurde, traf eine verirrte Kugel einen der Zeugen mitten ins Herz, so daß er auf der Stelle tot war.

Streikpfänder im Verhör beim Gefängnisgeistlichen. Der Streik der Ruhrbergleute hat inbezug auf Strafverfolgung, Urteile und Strafvollzug bereits so seltene und mannigfache Blüten gezeitigt, daß man kaum noch etwas neues auf diesen Gebieten glaubt erwarten zu dürfen. Und doch sind wir heute in der Lage, dem blütenreichen Kranze moderner Streikkühne ein duftiges neues Blümlein einzufügen. Die Streikpfänder, die die Ehre haben, ihre Strafe im Zentralgefängnis zu Bochum zu verbüßen, — jenes Gefängnis, das erst jüngst durch seine Rücksicht auf säugende Streikpfänderinnen bekannt geworden ist — werden bei der Vorführung zum katholischen Geistlichen in ein Verhör gezogen, das sich in einem uns bekannten Falle wie folgt abspielte: „Haben Sie gestreikt?“ — „Ja!“ — „Haben Sie sich die Strafe während des Streiks zugezogen?“ — „Ja!“ — „Sind Sie organisiert?“ — „Ja!“ — „In welchem Verband?“ — „Im alten.“ — „Kehren Sie dem lieber den Rücken und gehen Sie in den christlichen!“ — „Sind Sie verheiratet?“ — „Ja!“ — „Wie lange?“ — „Acht Jahre.“ — „Wieviel Kinder haben Sie?“ — „Zwei.“ — „Acht Jahre verheiratet und bloß zwei Kinder?“ — „Fünf sind tot!“ — „So, so, das ist was anderes.“ — Es hieße die Wirkung dieser Art Verhöre, die nach den verschiedensten Seiten hin eine wertvolle Ergänzung der „Sühne“ für die „Streikpfänden“ darstellt, abschwächen, wollte man sie eingehender würdigen.

Bahnunglück. Amtlich wird unter dem gestrigen Tage aus Berlin gemeldet: Nachmittags um 2 Uhr 32 Minuten wurde auf der Strecke Berlin—Halle zwischen Großbeeren und Ludwigsfelde das Fuhrwerk des Besitzers Ebel aus Teltow überfahren und zertrümmert. Die Ehefrau des Besitzers und deren Sohn wurden getötet. Es liegt ein eigenes Verschulden vor, da die geschlossene Zugschranke von ihnen eigenmächtig geöffnet worden ist.

Die Nürnberger Einsturzkatastrophe. Aus Nürnberg wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: Am Dienstag entspann sich in der Sitzung des Stadtmagistrats Nürnberg eine längere Debatte über die Einsturzkatastrophe auf dem Großkraftwerk Franken, durch die, wie erinnerlich, zwölf Personen getötet wurden. Es wurde von verschiedenen Seiten bezweifelt, daß die Tragfähigkeit des eingestürzten Gerüstes, das von der Karlsruher Firma Kling geliefert worden war, den gesetzlichen Anforderungen entsprochen habe; ferner wurde getadelt, daß während der Vornahme der Belastungsprobe Arbeiter auf dem Gerüst beschäftigt wurden. Vom Stadtbauamt wurde mitgeteilt, daß die Belastungsprobe ohne pflichtgemäße Anmeldung, ja sogar ohne Wissen des bauleitenden Architekten Schmaisser vorgenommen worden sei. Ein bauamtliches Gutachten bezeichnet als wahrscheinliche Ursache der Einsturzkatastrophe die ungenügende Verteilung der zur Belastungsprobe aufgelegten Sandsäcke. Als weitere Ursache des Einsturzes wurde eine bauliche Änderung im Gerüst, die noch während der Vornahme der Belastungsprobe erfolgte, bezeichnet. Der Monteur Beckmesser nahm eigenmächtig bereits eingebaute Querstreifen wieder aus dem Gerüst heraus, um sie an anderer Stelle, wo sie fehlten, einzusetzen. Beckmesser soll nach Angabe des Berichts noch am Tage der Katastrophe auf dem Rad seines Kameraden geflohen und seitdem nicht mehr gesehen worden sein. Der Magistrat beschloß, die in der Debatte erwähnten Mißstände der Staatsanwaltschaft als Untersuchungsmaterial zu überweisen und für eine rasche und sachgemäße Verteilung der für die Hinterbliebenen der Toten und für die Angehörigen der Verwundeten eingelaufenen Spenden Sorge zu tragen.

Eine große Feuersbrunst kam Montag auf der Petrowski-Insel im Petersburger Arbeiterviertel zum Ausbruch. Es war die größte Feuersbrunst seit 20 Jahren. Um 4 Uhr nachmittags geriet ein großes Holzlager in Brand und das Feuer verbreitete sich mit fabelhafter Geschwindigkeit über eine ganze Reihe von hölzernen Arbeiterhäusern. 20 Brigaden der Feuerwehr versuchten vergeblich, das Feuer zu bekämpfen. Die Schwierigkeiten waren sehr groß, da durch die fürchterliche Hitze die Kleider der Mannschaften Feuer fingen und Schläuche platzten. Ein starker Wind trieb außerdem die Flammen und Funken auf große Entfernungen und setzte weitere Holzniederlagen und Sägemühlen in Brand. Das Feuer erreichte schließlich eine Ausdehnung von 3 Quadrat-Kilometern. Vollständig niedergebrannt sind außer Holzlagern, Arbeitshäusern und Schneidemühlen das Zeughaus, die Kaserne der Grenzbrigade und ein Feuerwehrdepot mit den neuesten ausländischen Maschinen und dem gesamten Eigentum der Mannschaft. Der Schaden beträgt viele Millionen Mark. Auch eine Anzahl Menschen haben das Leben verloren. Viele Frauen und Kinder kamen in den Flammen um, doch weiß man noch nicht um wie viele Personen es sich dabei handelt. Viele Feuerwehrleute erlitten schwere Brandwunden und gefährliche Knochenbrüche, da Decken und Mauern zusammenstürzten. Nach Mitternacht gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Aus der besten der Welten. Aus Nahrungssorgen vergiftete sich in Charlottenburg die Arztwitwe Dr. Hagemann mit ihren beiden 15 und 17 Jahre alten Kindern durch Leuchtgas. Das jüngste Kind konnte dem Leben zurückgegeben werden, während die Mutter und der 17jährige Sohn bereits dem Tode verfallen waren.

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich in Versailles ereignet. Ein Materialzug der Versailler Straßenbahn stieß mit einem Privatwagen, in dem sich drei Frauen befanden, zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die drei Frauen aus dem Wagen fielen. Sie waren sofort tot.

Eisenbahnunglück in einem französischen Tunnel. Gestern nachmittag stießen im Tunnel von Lozanne im Departement Rhone zwei Züge zusammen, wobei vier Personen getötet und 12 verletzt worden sind. — Über das Eisenbahn-Unglück bei Lozanne werden folgende Einzelheiten gemeldet: Der Zusammenstoß erfolgte im Tunnel, einige Meter von dem Bahnhof Lozanne entfernt, zwischen einem Personenzug und einem Expreßzug, der auf der Fahrt von Vichy nach Lyon begriffen war. Der Personenzug war fast in den Tunnel eingefahren, als der Expreßzug hinzukam. Die Knallsignale, die die Strecke als gesperrt bezeichneten, funktionierten, wurden jedoch von dem Lokomotivführer des Expreßzuges nicht gehört. Bei dem Zusammenstoß stürzten die fünf letzten Wagen des Personenzuges um, von denen zwei zertrümmert wurden. Es wurden 4 Tote und etwa 20 Verletzte unter den Trümmern hervorgezogen. Sie wurden von einem Hilfszug nach Lyn gebracht, wo die Verletzten ins Hospital geschafft wurden. Unter diesen befindet sich Professor Appel-Würzburg, der Quetschungen am Kopf davongetragen hat.

Ein Spitzbube en gros. Aus Chikago wird gemeldet: Ein junger Chemiker, Jakob Guthrie, der einer guten Chikagoer Familie angehört und im städtischen Laboratorium beschäftigt gewesen ist, wurde wegen Einbrüche und Fälschungen verhaftet. Er scheint den größten Teil seiner Zeit mit dem Lesen von gruseligen Detektivgeschichten verbracht zu haben, die ihn zu seinen Taten begeisterten. In wenigen Monaten gelang es ihm, Schätze an Kunst- und Wertsachen zusammenzurauben, die auf 1¼ Millionen Mark berechnet werden. Er beraubte nur Häuser von Millionären. Anfangs verschmähte er Bargeld und Wertpapiere, aber mit dem Essen kam der Appetit. Der Diebstahl eines Bankbuches, das auf ein Guthaben von 80 000 Mark lautete, verführte ihn, den Namen der Besitzerin, die im Auslande weilte, zu fälschen und 60 000 Mk. zu beheben, von denen er 20 000 Mk. an der Börse verlor. Von den Schmucksachen und Kunstgegenständen hat er nichts veräußert. Die Polizei fand alles in großen Koffern verpackt, die in einem Stall versteckt waren, den Guthrie für diesen Zweck eigens gemietet hatte.

Eine Riesen-Feuersbrunst. Wie aus Marmaros-Szigeth gemeldet wird, wütete in der Gemeinde Faluszatina eine Feuersbrunst, der 52 Wohnhäuser und 96 Nebengebäude zum Opfer fielen. Die zerstörten Häuser waren zumeist Holzbauten. 3 Kinder kamen in den Flammen um. 80 Familien sind obdachlos. Der Schaden beläuft sich auf mehrere 100 000 Mk. Eine Hilfsaktion ist eingeleitet.

Zugzusammenstoß. Der Schnellzug Baltimore—Ohio stieß mit einem Güterzuge bei Claysville zusammen. Viele Personen wurden getötet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote“

machern hervorrufen; denn die bisherige Art der Produktion war ja durch die Maschine völlig geändert worden. Von den 242 bestehenden Flaschenfabriken Amerikas waren in den Monaten September, Oktober, November 1911 nur 180 in Betrieb; die übrigen 62 Betriebe lagen vollständig still. Dementsprechend war auch die Arbeitslosigkeit der Flaschenmacher eine recht bedeutende. Von den 8201 organisierten Flaschenmachern waren in den bereits genannten drei Monaten 1651 ganz arbeitslos und ein großer Teil der übrigen Arbeiter teilweise. Die Organisation mußte ganz bedeutende Mittel zu deren Unterstützung aufwenden. Die Einnahmen der Organisation betrugen in den drei Monaten 19 445 Dollar, während die Ausgaben sich auf 77 145 Dollar erhöhten. Die ungeheure Mehrausgabe von 57 700 Dollar ist in der verhältnismäßig kurzen Zeit fast ausschließlich für die Arbeitslosen verwandt worden. Es gilt also ohne weiteres als feststehend, daß die Owensflaschenmaschine in Amerika eine ganz bedeutende Umwälzung hervorgerufen hat. In Europa und ganz besonders in Deutschland mit seiner recht bedeutenden Flaschenproduktion ist diese Umwälzung noch nicht eingetreten, trotzdem der Ring der Flaschenindustriellen das Owenssche Patent für 12 Millionen Mark angekauft hat. Daß dies nicht aus Rücksicht und Humanität für die Arbeiter geschehen, ist selbstverständlich; denn die kapitalistische Gesellschaftsordnung kennt keine Rücksichten gegen die Arbeiter.

Die Rechnung mit dem Himmel.

„Ein Pfarrer hatte in seiner Gemeinde einen Bauern, der gerne nahm, dessen Grundsatz aber war, so wenig wie möglich zu geben. Er war Kirchenvorsteher, stöhnte aber heimlich daheim und auch seinem Pfarrer gegenüber über das „ewige Geben" in die Kollekten. Der Pfarrer wollte ihn einmal recht gründlich von seiner Undankbarkeit überzeugen und stellte ihm folgende Rechnung auf:

Rechnung für Herrn Heinrich K. . . . von seinem Meister, dem Herrn der Erde:

für 10 Regengüsse, per Regen 25 Mk. . . .	250,—	Mk.
„ 2 Extragüsse bei der trockenen Zeit a 50 Mk.	100,—	„
„ 60 Tage Sonnenschein a 10 Mk. . . .	600,—	„
„ Verschiedenes wie Wind, Tau usw. . .	300,—	„
Sa.	1250,—	Mk.

Gegenrechnung:

Heinrich K. bezahlte an Kirchensteuer . . .	10,—	Mk.
für innere Mission	—,25	„
für Heidenmission	—,10	„
Sa.	10,80	Mk.

Ich sehe dich lächeln, lieber Leser. Willst du nicht auch nach den Augen Gottes einmal deine Rechnung prüfen?"

Diese ergötzliche Geschichte ist nicht etwa ein Scherz; nein, der „Christlichen Freiheit" ist es völlig ernst mit dieser Rechnung, die sie in ihrer Nummer 31 am 4. August 1912 bringt. Etwas hinzuzufügen, wäre vom übel; doch darf man vielleicht bemerken, daß vergessen wurde, dem lieben Gott 8 Hagelschläge in Anrechnung zu bringen.

Eine gesalzene Rechnung.

In Ärzte- und auch in anderen Kreisen hat eine Liquidation Sensation erregt. Ein bekannter Berliner Kaufmann hatte sich in den letzten Monaten von den Professoren Bier-Berlin, Schmidt-Halle u. a., sowie von einem Charlottenburger Arzt, dem Stadv. Dr. B., behandeln lassen. Noch bevor die Liquidationen eingingen, sandte der Patient nach beendigter Kur sämtlichen Ärzten angemessene Honorare ein. Der Charlottenburger Arzt erhielt 4000 Mark. Sämtliche Ärzte waren mit den Honoraren einverstanden, nur der Charlottenburger, ein naher Verwandter, nicht. Er übersandte eine besondere Liquidation in Höhe von 44 600 Mark. Dies war dem Patienten denn doch zu viel. Er verweigerte auf Anraten anderer Ärzte Zahlung, worauf der Arzt klagbar wurde. Termin steht im Oktober an. Für 98 Nachtwachen bezw. „Schlafen" in der Wohnung des Patienten sind 28 250 Mk. berechnet. Dazu kommen zwei „Reiseunterbrechungen" mit je 1000 Mk. usw. Ein Dutzend solcher Patienten und der Arzt ist Millionär.

Das Schreckgespenst der Geburtenabnahme.

Geheimrat v. Luschan, der Direktor des Berliner Museums für Völkerkunde, hielt auf dem deutschen Anthropologentag in Weimar eine Rede, in der u. a. auch das aktuelle Thema des Zwei-Kinder-Systems streifte. Er führte etwa folgendes aus: Die Entartung der Kulturvölker beschäftige heute mehr denn je alle Kreise. Das elende Zwei-Kinder-System ist längst nicht mehr auf Frankreich beschränkt. Mehr und mehr breitet sich die bewußte und absichtliche Beschränkung der Kinderzahl über alle Kulturvölker aus, und wenn sie bei uns noch vor wenigen Jahren auf die oberen Zehntausend beschränkt war, so greift sie jetzt auch auf die breiten Massen über, eine wahre Pest, deren Gefährlichkeit sich bis jetzt leider nur die wenigsten bewußt geworden sind. Die Mittel zur Abhilfe können nur auf Grund sorgfältiger Untersuchung geschaffen werden, und hier erwächst der sozialen Anthropologie eine wichtige Aufgabe. Diese Untersuchungen müssen auf breitester statistischer Grundlage angestellt werden. Alle Behörden sind bereits für diese Idee gewonnen und sehen die Nützlichkeit einer Massenuntersuchung ein. Nur die Mittel fehlen noch; es handelt sich um 100 000 Mark, die in zehn Jahren aufzubringen sind.

Die Vererbung überflüssiger Glieder.

Ein kurländischer Bauer hatte, wie russische Zeitungen berichten, bei seiner Geburt an jeder Hand 6 Finger. Als er zwölf Jahre alt geworden war, wurden ihm die überschüssigen Finger abgeschnitten. Jetzt ist er verheiratet und hat drei Söhne, der älteste ist 9, der jüngste 3 Jahre alt. Alle drei hatten bei ihrer Geburt an jedem Fuß 7 Zehen und an jeder Hand 7 Finger, die völlig normal entwickelt waren, nur daß die Fußform stark an Entenfüße erinnerte. In diesen Tagen sind alle drei in einer Privatklinik operiert worden. Die Hände sind vorher photographiert worden.

Aus den Witzblättern.

Amerikanischer Humor.

Ein Trost. „Die junge Durchschnittsamerikanerin", so erklärt melancholisch der Universitätsprofessor, „verfügt nur über eine sehr bescheidene, ja ich möchte sagen über eine ärmliche Bildung". „Sie meinen wirklich?" „Ja, aber ein Trost bleibt dabei doch: der junge Durchschnittsamerikaner wird das nie merken."

Die Rache des Arztes. „Glauben Sie an Senfpflaster, Herr Doktor?" „Aber gewiß. Ich verordne sie immer, wenn ich nachts unnütz von einem überempfindlichen Patienten geweckt und gestört werde."

Der geborene Kandidat. „Nun, Sie scheinen ja felsenfest davon überzeugt zu sein, daß Ihr Baby schließlich doch noch Präsident der Vereinigten Staaten wird." „Vielleicht nicht gerade Präsident, aber auf der Jagd nach der Nomination wird es jedenfalls seinen Mann stellen. Es macht schon jetzt einen Höllenlärm, versetzt das ganze Haus in Aufregung, bedient sich einer unbeschreiblichen Sprache und kann eine Woche lang ohne Schlaf auskommen."

Nach dem Konvent. „Was muß einen Delegierten nach dem Konvent am höchsten empören?" „Wenn er nach der langen Tagung glücklich wieder nach Hause kommt und die Nachbarn dann glauben, er sei in der Sommerfrische gewesen."

Das Symptom. „Neulich abend nahm er dich also auf eine Automobilfahrt mit?" „Ja." „Warum? Glaubst du denn, daß er dich liebt?" „Ganz sicher. Jedesmal, wenn er das Wort an ihn richtete, versuchte das Auto einen Baum emporzuklettern oder über einen Graben zu springen."

Der Fortschritt. Die junge Frau hat ihrem Herrn Gemahl zum Tanze den Arm gereicht, man hat wacker getanzt, und als er seine Frau Gemahlin dann an ihren Platz zurückführt, sagt sie lobend und anerkennend: „Jack, du hast dich inzwischen prächtig herausgemacht und kannst auch viel besser tanzen. Weißt du noch, wie du mir immer die Kleider zerrissest und auf die Kleider tratst?" „Ja, aber damals brauchte ich die Kleider auch nicht zu bezahlen."

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 31. Mittwoch, den 7. August 1912.

Die gelbe Karte.

Ein russisches Kulturbild von Fritz Müller-Zürich.*)

Auf dem gleichen Flur mit mir wohnt ein Russe. Heißen wir ihn Dimitri. Er ist fleißig und gefällig. Alle haben ihn gern im Hause. Ich auch. Wies so geht, wurden wir gut Freund mit der Zeit. Oft kam er zu mir herüber, wenn der Teekessel sang, und erzählte mir von Rußland. Er liebt sein Vaterland leidenschaftlich. Aber es ist eine unglückliche Liebe. Denn er ist ein Jude, und das Vaterland hat ihn schlecht behandelt. Von Stadt zu Stadt getrieben hat es ihn und schließlich hinüber über die Grenze. Und trotzdem liebt er es. Wie man Frauen liebt, die uns schlecht vergelten.

Dimitri hat mir mitgeteilt, daß seine Schwester gestorben sei. Seine Schwester Sonja war Ärztin im Bezirk Wologda. Er hatte oft von ihr erzählt. Was das für ein hartes Leben sei für eine Ärztin auf dem Flachland in den weiten Steppen. Wie der Aberglaube, das Mißtrauen, die Unverständlichkeit der Landbewohner oft noch schwerer zu bekämpfen seien als die Krankheit. Was für Wege sie zu machen habe mitten in der Nacht. Wie sie Apotheker, Krankenschwester, Lehrer und Behörde mit ihrem eigentlichen Beruf verbinden müsse. Und wie sie abgeschnitten sei von der Kultur da draußen.

Diese Sonja war jetzt tot. Und in seiner Trauer drängte es den Bruder, es mir mitzuteilen. Es ward ihm leichter nachher. Russen sind so weich. Ihr Gemüt braucht Genossen bei allen Erschütterungen im Guten und im Schlimmen. Aus der Zeitung las er mit Stolz Berichte vor. Sie waren voller Anerkennung und Liebe für die Verstorbene. Das tröstete ihn wieder.

„Ein braves Mädel", sagte er, „ein braves Mädel. Sie rieb sich auf in dem Beruf. Immer hat sie helfen wollen, andern helfen, schon von Jugend auf. Und die Schwierigkeiten, bis sie Ärztin wurde! Ich verstehe es heute noch nicht, wie sie die Erlaubnis bekam, in Petersburg zu studieren —"

„Wieso, die Erlaubnis?"

„Sie ist ja Jüdin."

„Ja, aber —"

„Juden, die in Stellung oder Rang nicht zu den obersten Schichten gehören, bekommen keinen Niederlassungsschein in Petersburg."

„Aber das kann doch nicht sein —"

„Seien Sie versichert, ich muß das wissen. Habe es am eigenen Leibe gespürt."

„Aber Ihre Schwester hat es durchgesetzt?"

„Ja, mir ist es heute noch ein Rätsel. Aber, wissen Sie, sie war zäh in ihrem Wollen, zäher, als wir Slawen sonst sind!"

Am andern Tage steckte aus Versehen Dimitris Zeitung in meinem Briefkasten. Ich brachte sie ihm. Am Rand war etwas angestrichen, sah ich, mit einem roten Bleistift. Und ein Ausrufungszeichen war dahinter.

Dimitri dankte und warf einen Blick hinein. Plötzlich erbleichte er und schrie etwas Russisch. Ich wollte gehen. Aber er hielt mich.

„Hören Sie, hören Sie," sagte er, „was diese Halunken wagen! Ist es nicht entsetzlich? Noch im Tode werfen sie einem Schmutz und Lüge nach."

„Betrifft es Ihre Schwester?"

„Ja, denken Sie, hier steht: „Beim Ordnen ihres Nachlasses hätte sich herausgestellt, daß die von allen hochgeschätzte Ärztin drei Jahre lang die gelbe Karte in Petersburg besessen habe —"

„Die gelbe Karte?"

„Sie wissen nicht, was „die gelbe Karte" ist?"

„Nein."

„Nun, so will ichs Ihnen sagen: Die Prostituierten von Petersburg haben gelbe Karten, verstehen Sie?"

„Um Gottes willen — und Ihre Schwester?"

„Soll sie besessen haben, die gelbe Karte, ja, hier steht es. Es ist infam. Der Judenhaß läßt es nicht zu, daß eine Jüdin als tüchtige Ärztin stirbt in Rußland. Darum warfen sie ihr noch eine gemeine Verleumdung ins Grab hinein —"

„Was werden Sie tun?"

„Was ich tun werde? Abreisen werde ich. Heute noch. Die Larve werde ich den Verleumdern vom Gesicht herunterreißen. Diese Hunde . ."

Seine Augen blitzten. So hatte ich Dimitri noch nie gesehen. Ich gab ihm die Hand.

„Auf ein besseres Wiedersehen, Dimitri."

— — — — — — — — — — — —

Drei Wochen war er fort.

Auf einmal stand er wieder da inmeinem Zimmer, im Reiseanzug, und sagte:

„Da bin ich wieder. Ich habe dem Zeitungsschreiber damals unrecht getan. Er hatte recht, Sonja hatte eine gelbe Karte."

„Er sah mich mit einem dunklen Blicke an. Mir ward unheimlich.

„Armer Dimitri."

„Nichts da. Ich bin nicht arm. Sonja auch nicht. Arm ist der Staat, der miserable Staat, der . ."

Es würgte ihn. Aber dann gewann er seine Fassung wieder.

„Sonja ist eine Heldin. Verstehen Sie?"

„Nein, ich verstehe nicht. Aber setzen Sie sich, Dimitri. Hier ist heißer Tee. So. Und nun müssen Sie erzählen, gelt?"

„Erzählen! Es ist rasch erzählt: Sonja war eine Jüdin, das ist alles!" Er war wieder aufgesprungen.

„Kommen Sie, Dimitri, kommen Sie. Sie müssen es mir sagen. So — sehen Sie — jetzt sind Sie schon ruhiger."

Er hatte sich wieder gesetzt. Und dann erzählte er mirs. Schlicht und ohne Beiwerk. Trocken fast, wie ein Berichterstatter, der seinen eigenen Anteil an der Geschichte scheinbar überwunden hat:

„Habe ich Ihnen nicht gesagt, es wäre mir ein Rätsel, wie die Sonja zum Studium zugelassen worden ist in Petersburg? Nun — jetzt ist es mir kein Rätsel mehr. Die Sache ist einfach genug. Die Juden bekommen keinen Niederlassungsschein in Petersburg, auch die Jüdinnen nicht. Nur in einem Falle drückt die Polizei ein Auge zu vor dem Glaubensbekenntnis. Dann nämlich, wenn die Jüdin eine gelbe Karte nimmt. Als Prostituierte bekommen sie den Niederlassungsschein. Verstehen Sie?"

„Um Gottes willen. Und da hat ihre Schwester —?"

„Ja, was blieb ihr übrig? Ärztin wollte sie werden um jeden Preis. Sie hatte alles an das Studium gehängt. Auch ihre Ehre, ihre sogenannte Ehre. Der Staat ließ ihr keine andre Wahl. Auf Grund der gelben Karte bekam sie einen Wohnungsschein. Und auf Grund des Wohnungsscheines wurde sie immatrikuliert, studierte sie drei harte Jahre, wo sie Stunden geben mußte nebenbei, mit der Not des Lebens in allen Formen rang. Wo sie zu Füßen der Katheder saß neben Kameraden, die scheu vor ihr geflohen wären, hätten sie gewußt, daß in der Wohnung Sonjas zwischen Geburtsschein und Schulzeugnissen eine Karte lag, eine gelbe Karte . . ."

„Aber da ist ja eine ärztliche Kontrolle für die Mädchen, die —"

„Ganz richtig. Jeden Dienstag und Freitag mußte sich Sonja der vorgeschriebenen ärztlichen Kontrolle unterwerfen. Drei Jahre lang. Und am Ende hat ihr der Bezirksarzt — ich habe ihn gesprochen — kopfschüttelnd ein Zeugnis geschrieben, ein Zeugnis, das bestätigte, daß Sonja daß Sonja, — je nun, daß sie ein Mädchen geblieben war . . . Und dann war sie Ärztin, hatte den Beruf, den sie erstrebte, für den sie alles hingegeben hatte. Und die gelbe Karte gab sie nicht zurück. Die nahm sie mit, die bewahrte sie auf, so wie ein anderer seine Ehrenzeichen aufhebt. Und eben diese gelbe Karte fand sich vor nach ihrem Tode. Ein böses Auge sah sie, und den Rest verstehen Sie, nicht wahr?"

Er schwieg. Und ich sagte:

*) Diese erschütternde Skizze ist der „Frankf. Ztg." entnommen.

„Ja, Dimitri, Ihre Sonja war eine Heldin."

Er nickte. Nach einer Weile fuhr er leiser fort, indem er auf seine linke Brustseite klopfte:

„Hier habe ich ihr Ehrenzeichen. Ich habe es mir ausbedungen aus der Erbmasse. Alles andere ließ ich andern. Aber die Karte, verstehen Sie, die Karte brauche ich. Ihr war sie ein Ehrenzeichen. Mir soll sie ein steter Mahner sein, ein Mahner, der mich nicht mehr ruhen und rasten lassen wird, um das Land, das solche . . ."

Er war verstummt. Mitten im Satze verstummt. Aber aus seinen Augen sprühte ein unheimliches Feuer. So schauen Leute aus, die in einem letzten Kampfe von Liebenden zu Rächern werden. Und seine Geliebte war sein Vaterland.

— — — — — — — — — — — — — —

Ich höre schon: Drei spitze Fragen steigen auf.

Erstens: Eine gut erfundene Geschichte, nicht wahr? Aber es tut mir leid: Es ist keine erfundene Geschichte, sondern es ist eine wahre Geschichte.

Zweitens: Dann aber wenigstens, nicht wahr, gab es nur früher solche Dinge in Rußland? Es tut mir wieder leid: Die Geschichte ist vor gar nicht langer Zeit passiert, und die Niederlassungsgesetze im heiligen Petersburg sind noch dieselben.

Drittens: Aber es ist doch wenigstens nur ein Einzelfall geblieben, nicht wahr? Es tut mir zum dritten Male leid: Es gibt manche Sonja, die eine gelbe Karte nehmen mußte, um ihr Studium in Rußland zu vollenden.

In der Hölle des Stahlwerks.

Beim Eintritt hier
Laßt alle Hoffnung fahren!

Grau und massig und häßlich liegt das Hüttenwerk in der Glut der Julisonne. Am Hochofen schlägt ab und zu eine Gaswolke hoch, die dann von nachzüngelnden Flammen gefressen wird. Beim Feuerschein sieht man oben gespenstige Gestalten umherhuschen. Dann wird der Ofenschlund wieder geschlossen und das Gas bleibt in den Behältern. Denn die Hüttenherren verstehen nun auch, aus den Abgasen noch Gold zu machen. Ganze Städte werden mit Gas und elektrischem Strom versorgt.

Im Walzwerk rattern die Walzenzüge unablässig. Von den Öfen her werden die weißglühenden Blöcke in die Walzenkaliber gestoßen und gestreckt und zurechtgeknetet wie weiche Teigmassen. Hinter den Walzen fassen gespannt aufmerkende Arbeiter mit Zangen die durchschießende Eisenschlange und stecken sie mit großer Schnelligkeit einem dünnen Kaliber ins Maul. Wieder und wieder. Oft ist der fertige Stab noch gar nicht einmal, lang und schnell daherschießend, aus der Walze, als schon wieder ein neuer Block vom Kaliber ausgespeit wird. Hurtig muß der Arbeiter zurückspringen, sonst ist's um ihn geschehen. Es wäre ja nicht das erstemal, daß so eine tückische, glühende Schlange einem Arbeiter durch den Leib schießt. Gefahren lauern überall im Betrieb und grauenhaft wirken hier die Worte des Dichters:

„Opfer fallen hier,
Weder Lamm noch Stier,
Aber Menschenopfer unerhört!"

Ein Teil der Arbeiter trägt verfärbt blaue Blusen, ein anderer Teil gleich ausgefärbte Schweißjacken. An den Kleidungsstücken erkennen wir überall, an Brust und Rücken, an Armen und Beinen, die den Arbeitern bekannten Schweißblumen.

Im Stahlwerk. Dreimal schlägt jemand an eine tönende Platte. Bald darauf kommt von der einen Seite der Halle her ein schwerer Kran, oben unter dem Dach auf Schienen laufend, angefahren, an einer starken, armdicken Kette einen mächtigen, runden Kessel tragend. Der Kran macht in der Nähe eines Ofens halt, der Kessel bewegt sich, bis er vor einer Rinne an dem Ofen hängt. Ein Dutzend Arbeiter, die leichte, alte Säcke vorgebunden haben, hantieren vor dem Ofen. In der Hand haben sie lange, in Wasser getauchte Lappen, die als Schutz vor der kolossalen Glut dienen, vor den Gesichtern Schirme von Drahtgeflecht. Vier Mann bringen eine dicke, lange Eisenstange und versuchen, da wo die Rinne mit dem Ofen verbunden ist, ein Loch zu stoßen.

Auf einmal erstrahlt die Halle in blendend weißem Licht, und ein mächtiger Strahl flüssigen Stahls schießt aus dem Ofen durch die Rinne in den Kessel. Hurtig springen die Arbeiter zur Seite. In der Luft über der Rinne, um den Kessel und weit umher tanzen auf und ab tausende Funken, spielen wie Mückenschwärme. Von der Stahlmasse geht ein sausendes Zischen aus.

Jetzt läßt der Strom nach. Ein scharfes Kommandowort. Die Zahnräder rattern und der Kran fährt mit der singenden Glut weiter in die Halle hinein, wo gegossen werden soll. Die Arbeiter haben jetzt lange Haken in den Händen. Ein Arbeiter zieht an einem langen Hebel, und aus dem Boden des Kessels fließt in dickem Strahl die Stahlmasse in die Formen. Die ganze Umgebung ist ein Funkentanzen. Zwischen den Flämmchen arbeiten wie gespenstige Teufel die Leute mit ihren Hakenstangen. Legen drüben eiserne Deckel auf eine Flamme, daß sie verlischt. Andere Arbeiter werfen Sand auf die Formen, um die Glut zu dämpfen.

Der Schmelzofen wird neu beschickt. Seine Glut hat nachgelassen, eine große Tür ist weit geöffnet, so daß man in den roten, gähnenden Höllenrachen sehen kann. Arbeiter werfen allerhand Schrot und sonstiges Zeug in den Schlund — — —

Junge Burschen von 14 Jahren werden aus der Schule in solche Hüttenhöllen hineingesteckt. So ging's auch mir. Überwältigt von den Eindrücken und trostlos ließ ich wirklich alle Hoffnung fahren. Der gräuliche, dicke Kohlenqualm schnürte mir die Brust zusammen, daß ich gar nicht richtig atmen konnte. Um die vorgeschriebene ärztliche Untersuchung kümmerte man sich nicht. Wenn ich Nachtschicht hatte, lag ich den ganzen Tag über mit offenen Augen im Bett und dachte mit Schrecken an die dunkle Nacht, wo ich kein Auge aufhalten konnte. Wenn mich dann der „erste Mann" mit seiner tiefen Bierstimme aufschreckte, wußte ich erst gar nicht, wo ich war, so daß sich die Erwachsenen dann oft den Bauch hielten vor Lachen!

Wenn alle Welt über die unerträgliche Hitze redet und schreibt, muß auch vor allem der schwergeplagten Feuerarbeiter in den Hüttenwerken gedacht werden, die Tag um Tag mit nur wenigen Ausnahmen zwölf lange Stunden vor der entsetzlichen Glut der Öfen und Walzen stehen und schwer schuften müssen. Ihr alle, ihr Frohen und Glücklichen, die ihr ausspannen könnt vom Lärm der Tageshast, die ihr fliehen könnt vor der sengenden Hitze, denkt der Ärmsten in den Hütten- und Walzwerken, verstärkt unseren Ruf nach mehr Schutz, nach dem Achtstundentag, nach bezahlten Ferien für die Arbeiter in den Eisenwerken. Ihr geht mindestens am Sonntag spazieren in den grünen Wald, oder ihr lauscht den Klängen der Musik. Der Hüttenmann ist zu ewiger Qual verdammt, er muß Sonntags in seiner Wechselschicht noch einmal solange am Hochofen stehen als sonst, nämlich 24 Stunden lang, von Sonntag früh bis Montag früh. Ununterbrochen. Er sieht vom Werke aus die anderen den Sonntag nutzen, oder er sieht es auch nicht, wenn es die grauen, hohen Mauern verhindern. Aber nagender, bitterer Groll frißt ihm an der Seele. Am anderen Sonntag hat er auch keinen richtigen freien Tag, da kommt er des Sonntags früh von der Nachtschicht. Er legt sich dann ermüdet ins Bett und verschläft den Sonntag, oder er schleppt sich matt bis zum Abend hin. Höchstens bleibt der — Schnaps!

Es ist ein geradezu empörender Skandal, daß die langen Wechselschichten von der Gesetzgebung immer noch geduldet werden und daß nicht einmal der Zwang zu einem Ersatzruhetag in der Woche besteht! So haben diese „ewigen Arbeiter" genau so viel Schichten im Jahre, wie es überhaupt Kalendertage gibt! Mindestens soviel, denn es bleiben noch die Überschichten. Ob es Weihnachten ist oder sonst ein Sonn- oder Feiertag, der Wechselschichter muß zum Werk!

Freilich, ganz anders *könnte* es heute schon sein, wenn nicht der Kapitalismus die Dinge verzerrte. Die Technik ist so weit, daß fast alle schwere Arbeit in den Walzwerken spielend erledigt werden kann, indem ein Handrad oder Hebel verstellt und damit elektrische Energie ausgelöst wird. Wahre mechanische Wunderwerke sind in den modernen Betrieben der Großeisenindustrie entstanden, aber die Schinderei der Arbeiter hat eher zu- als abgenommen. Die rückständigen Werke besonders hetzen die Arbeiter noch mehr, um mit den Riesenbetrieben mitkommen zu können. Überall aber herrscht eine früher nie gekannte wahnsinnige Kilohatz. Dann fehlt den Hüttenleuten in Deutschland immer noch die Erkenntnis vom Wert der Organisation, die z. B. dem englischen Hüttenmann eine ganz andere Position verschafft hat.

Trotz der überlangen Regelschicht von 12 Stunden und der vielen Doppelschichten werden die Hüttenarbeiter aber auch noch bis zum Erbarmen mit Überarbeit ausgenutzt. Die neue Hüttenarbeiterschutzverordnung hat den Zwang des Überstundenverzeichnisses gebracht. In acht Monaten des Jahres 1909 mußten in den Hüttenwerken Preußens von 182 858 beschäftigten Arbeitern 40 Prozent Überarbeit verrichten. Über 7½ Millionen Überstunden wurden geleistet. Die Gewerbeaufsichtsbeamten erhofften eine Änderung. Die Änderung hat das Jahr 1910 gebracht, aber es ist keine Besserung, sondern eine Verschlimmerung des Übels. Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 war die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 199 368 gestiegen, von denen aber diesmal 45,7 Proz. zur Überarbeit herangezogen wurden. Die Zahl der Überstunden stieg auf 19 066872! Entsprechend umgerechnet (8 zu 12 Monaten) ergibt dies eine Steigerung um 68,6 Proz. Also eine ungeheure Steigerung, wobei immer zu beachten ist, daß die massenhaft vorkommenden 24stündigen Wechselschichten *nicht* mit in das Überstundenverzeichnis kommen!

Und da schreien die Hüttenherren trotz des durchaus ungenügenden Schutzes noch immerfort, um die Abschaffung oder wenigstens die weitere Verschlechterung der Schutzverordnung zu erreichen! —

Unausgesetzt sind seit vielen Jahren die sozialdemokratischen Kräfte am Werk, die schmachvollen Arbeitsverhältnisse in der Großeisenindustrie zu beleuchten und eine entschiedene Besserung zu erzwingen. Ungeheure Profite werden in der Schwerindustrie angehäuft. Die Arbeiter werden in barbarischen Arbeitsverhältnissen gelassen. Allmählich sehen aber auch die Massen der Hüttenleute ein, daß sie ihr Geschick selbst in die Hand nehmen und die sozialdemokratische Arbeit offen und aktiv durch die Wucht der Organisation unterstützen müssen. Der Stein ist im Rollen.

Dadurch rücken die Arbeitskämpfe der kommenden Zeit auf immer breiteres Feld. Berg- und Hüttenleute vereint, organisatorisch geschult, haben sie die Wucht einer ungeheueren Masse für sich. — —

In den Hüttenarbeiterbezirken, vorwiegend in Rheinland-Westfalen, an der Saar und in Lothringen, in Oberschlesien, ist die Kapitalskonzentration ins Ungeheuere vorgeschritten. Seilscheiben und Schachtaufzüge, Hochöfen und Kamingewirre halten den Blick gebannt. Drinnen und drunten herrscht Mühe und Not, dort gärt und grollt es in sonnenleerer Öde. Während das „zahlungsfähige Bürgertum" in die Bäder zieht und sich für die Winterstrapazen der Bälle und Empfänge „stärkt".

Das ist eine Welt, das heißt eine Welt!

Doch hütet euch, ihr da droben in der Sonne des Lebens; denkt ihr nicht an die Qualen der Armen, kann es aufblitzen, ehe ihr es euch verseht. Kümmert euch drum um die „ewigen" Hüttenleute in der sengenden Sommerglut. Ihr schützt ja die Tiere, und mit Recht. Aber Tiere läßt man nicht 24 Stunden in einemfort vor dem Wagen. Sind arme Arbeiter weniger wie Tiere?

Gebt Antwort!

Über Geschmacksverirrungen bei Rednern

macht rt. in der „Metallarbeiterzeitung" folgende beherzigenswerte Ausführungen: „Die Frage: Wie gestalten wir die Propaganda für die Ziele der Arbeiterbewegung am erfolgreichsten? rührt an ein schwieriges und selten erörtertes Problem. Seiner Natur nach läßt dieses Problem eine Erörterung auch wenig fruchtbar erscheinen. Denn seine tausendfachen Seiten, von denen jede einzelne wiederum Verschiedenheiten aufweist, die jeder Agitator, sei er im Angestelltenverhältnis oder nicht, nach seiner Weise, Befähigung und Veranlagung individuell verarbeitet, lassen sich in kein System bringen. Und das ist gut so. Aber davon soll auch gar nicht die Rede sein, sondern von einer ganz besonderen Art, oder richtiger gesagt, von einer *Ab- oder Unart* der Agitationsmethode. Das charakteristische Merkmal dieser Spezies findet seinen Ausdruck in einer — wie soll ich sagen — rabulistischen Rhetorik oder, um es „populär" auszudrücken, in der sogenannten *Phrase*. Damit sind alle jene Redewendungen gemeint, die zwar einen massiven Klang haben und deshalb von vielen Zuhörern nicht ungern vernommen werden, die aber vor der kritischen Vernunft *nur leerer Schall* sind und in ihr Nichts zusammenbrechen. Dieser Methode begegnen wir in der Regel bei Leuten, die intellektuell am meisten entwicklungsbedürftig sind, und sie findet ein Echo in solchen Kreisen, wo allgemein primitive Verhältnisse auch das geistige Niveau bedrücken. Dadurch, daß solche Kreise leider noch nicht den Sinn und die Tragweite jedes Satzes zu erfassen vermögen, kann es vorkommen, daß selbst der nichtssagendsten Bemerkung ungeteilter Beifall gezollt wird. Sie wägen noch nicht das Wort ab *nach dem Inhalt*, nach der Bedeutung, sondern hören nach dem *Klang*. Und der ist bei *Phrasen voll und schön*, sonst waren es keine. Was aber sollen aufgeklärte Arbeiter denken beim Vernehmen einer Rede, wie ich sie unlängst hörte und in welcher unter mehreren gleichwertigen der unergründliche Satz vorkam: „Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft bis aufs Messer!" Das war ein so echter, unverfälschter Klang! Aber man kann mit diesem Satz absolut nichts anfangen, aus ihm keine Lehre, keine Direktive ziehen; nur der Eingeweihte kann ihn deuten. Denn ein Kampf bis aufs Messer oder mit dem Messer gegen die bürgerliche Gesellschaft ist nicht nur undenkbar und unmöglich, er wäre auch unsozialistisch, absurd. Der Redner wollte aber wahrscheinlich das auch gar nicht sagen, vielmehr einen Sinn zum Ausdruck bringen, wie er in dem Satze liegt: Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft bis zum Sieg des Sozialismus. Dann aber hätte er dies oder in anderen Worten das gleiche sagen und hinterher auseinandersetzen müssen, was dieser Sieg bedeutet. Dadurch wären den Zuhörern nicht nur die Ziele des Sozialismus dargelegt worden, sie hätten sich auch Gedanken machen können über die Mittel, die anwendbar und siegverheißend erscheinen im Kampfe um diese Ziele. Dann wäre aber wohl niemand auf das „Messer" verfallen; denn es wäre ihm dann zu dumm vorgekommen. Wer mit der Agitation vertraut ist, weiß, daß solche Redensarten nicht nur gelegentliche Entgleisungen sind, *sondern immer wiederkehren*. Eine gewissenhafte Agitation jedoch wird sie stets verschmähen, um so mehr, weil sie aufgeklärten Arbeitern nur ein Kopfschütteln abnötigen, den Lernenden und nach Erkenntnis Suchenden aber Schwierigkeiten in den Weg legen. Das gleiche gilt den Redewendungen von der Zertrümmerung der Gesellschaft, oder von dem Weltbrand, den einmal vor Jahren ein „christlicher" Bergarbeitersekretär in Aussicht gestellt hat, wie von allen andern Blüten ähnlichen Kalibers. Man kann mit scharfen Worten und hinreißender Beredsamkeit die Arbeiterschaft aufklären und kampfbereit machen, ohne sich inhaltsleerer Phrasen dabei zu bedienen. Derlei hohle Worte, so beliebt sie auch sein mögen und so sehr sie geeignet sind, einen Augenblicksbeifallserfolg zu erzielen, haben jedoch für die moderne Arbeiterbewegung *keinen bleibenden Wert*. Denn die strebsame, nach höherer Kultur lechzende Arbeiterschaft kann nichts daraus entnehmen, nichts Reales dabei denken, nichts durch sie lernen finden, was sie sucht und braucht: *Wissen und Erkenntnis*. Diese aber allein sind die nie versiegende Quelle, aus der sie sowohl für den großen politischen Kampf als auch für den nervenzerrüttenden gewerkschaftlichen Kleinkampf die Kraft und die Intelligenz zu schöpfen vermag, die notwendig sind, um den Sieg zu erringen. Daher sollte es jedes Agitators in der Arbeiterbewegung Pflicht sein, die eigene Agitationsmethode zu überprüfen, ob sie frei ist von klingendem Schwall, dem ein realer Sinn nicht innewohnt. Wie der Lehrer dem Schüler nur durch ruhiges, instruktives Behandeln der Materie Wissen vermitteln kann, so kann es auch nur eine Agitation, die reingehalten ist von *rednerischen Geschmacksverirrungen*. Diese können der Arbeiterbewegung nur schaden, im besten Falle nichts nützen. Fort mit ihnen! Die Propaganda wirkt ohne sie nachhaltiger und wird dadurch für die Arbeiterbewegung zum bleibenden Vermächtnis.

Kleines Feuilleton.

Die Flaschenmaschine.

Die Erfindung der Flaschenmaschine durch den Amerikaner Owens hat in allen Staaten ein bedeutendes Aufsehen erregt. Die bisherige Art der Produktion sollte völlig ausgeschaltet werden und an deren Stelle die Maschine treten, die innerhalb 24 Stunden bis 80 000 Stück Bier- oder Weinflaschen liefert. Gewiß ein ungeheurer Fortschritt, und damit stand der bisherigen Flaschenproduktion eine große Umwälzung bevor. In Amerika ist diese Umwälzung auch eingetreten. Die Maschine ist in recht bedeutendem Umfang zur Aufstellung gekommen, und zwar wird bereits in 17 Betrieben mit 109 Maschinen gearbeitet. Außerdem sind noch 12 Maschinen in Bestellung gegeben, sodaß in kurzer Zeit 121 Maschinen in Betrieb sein werden. Die Amerikan Bottle Co. in Newark, Ohio, verfügt zurzeit über 30, die Amerikan Bottle Co Streator III über 18, Ball Bro Muncie, Indiana, über 9 und Charles Bott Glass Co. über 8 Owensmaschinen. Die übrige Anzahl der Maschinen verteilt sich auf die anderen Betriebe. Auch die Fortschritte in der Produktion sind in Amerika ganz bedeutende. In der Amerikan Bottle Co., Newark, wurden vom 1. August 1910 bis zum 1. Juni 1911 allein 941 048 Gros Flaschen mit der Owensmaschine hergestellt. Diese Umwälzung mußte natürlich eine große Arbeitslosigkeit unter den Flaschen-